

Anerhörte Ausfälle gegen die Opposition
Die nationalsozialistische Agitation
Überschlägt sich
Die Durchführung der Beschlüsse
Die Nationalsozialisten und die
Versammlungen
Um die Wahlen zum Vertrauensrat
Heute: Mosaik - Unterhaltungsbeilage

DANZIGER Volkstimme

Einzelpreis 20 P. oder 20 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus 6, Fernsprechanschl. der Geschäftsleitung 287 03. Schriftleitung 215 80. Verkaufspreis monatl. 3.- G. wochentl. 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3.- G. - monatl. für Pommerellen 5.-. Monats-Anzeigen: 1 mm 0,16 G.; Reklamen: 1 mm 0,80 G.; in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark. - Abonnements u. Inseratenanträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs
27. Jahrgang
Sonnabend, den 29. Februar 1936
Nr. 51

Die nationalsozialistische Agitation überschlägt sich - Wieder das Blatt des Herrn Andres

Anerhörte Ausfälle gegen die Opposition

Von dem Tag, an dem die Beschlüsse des Völkerbundrats in Genf mit Zustimmung des Danziger Senats angenommen wurden, trennen uns schon fünf Wochen. Der jedoch angenommen hatte, daß die Sprecher der NSDAP in Danzig zwar in den ersten Tagen unter dem Eindruck ihrer Niederlage schimpfen würden, um später aber sich dem Geist der Befriedung anzupassen, dürfte sich getrrrt haben. In gewissen Kreisen der NSDAP scheint sich vielmehr die Wut noch zu steigern und die Aggressivität gegen die innerpolitischen Gegner ganz besondere Blüten zu treiben. Wer beispielsweise das unter der verantwortlichen Redaktion des Kreisleiters der NSDAP und Landrats des Kreises Großes Werber, Andrzej, erscheinende Mitteilungsblatt „Zwischen Weichsel und Rogat“ in die Hand bekommt, wird erschüttert sein über den Ton, in dem man dort gegen alle, die anderer Ansicht als Herr Andres und die NSDAP sind, herfällt. Wir haben uns bereits wiederholt nach der Genfer Tagung mit diesem Blatt und seinem Redakteur beschäftigt. Die Sozialdemokratische Partei, die Zentrumspartei und die Deutschnationale Volkspartei sind auch schon einmal gezwungen gewesen, im Volksblatt eine Anfrage an den Senat zu richten, weil das Blatt erklärt hatte, daß der Weg von Genf nach Danzig recht weit sei und inzwischen manches verloren gehen könne. Namentlich hat das gleiche Mitteilungsblatt eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die

... Einmal kommt auch in Danzig der Tag der Freiheit und der Stache, an dem wir schon heute geloben, ganze Arbeit zu leisten. ... Die gesamte Bevölkerung trägt nicht nur Verachtung, sondern Haß im Herzen gegen die Menschen, die sich so schände von ihrem Deutschtum loslösten und Verrat an Verrat leisteten. ...
Herr Andres verteidigt seine Veröffentlichungen in der neuen Ausgabe seines Blattes übrigens mit dem schon bekannten Hinweis, daß es sich bei dem verantwortlichen Redakteur

nicht um den Landrat, sondern um den Parteigenossen Andres handle (1). Das scheint ihm Mut zu geben, auch folgende Ansicht zu verkünden:

„Wenn die Regierung verpflichtet ist, die zur Zeit noch bestehende Danziger Verfassung zu befolgen, so hat die NSDAP noch nie ein Hehl daraus gemacht, daß ihr ganzes Streben dahingeht, diese Verfassung eines Tages, genau so, wie es auch mit der Weimarer Verfassung geschah, in der Versenkung verschwinden zu lassen.“

Oder, um ein weiteres Beispiel zu nennen; Herr Andres schreibt:

„Was ein anständiger Mensch vom Völkerbund hält, kann man denselben nach seinen Erfolgen oder Misserfolgen nach seinen Misserfolgen beurteilen, nicht sehr viel sein.“

In den Zeilen der neuen Ausgabe des Mitteilungsblattes finden sich dann noch sehr oft Ausdrücke wie „waterlandlose Schurken“ und „Verräterpack“, mit welchen Redewendungen immer wieder diejenigen, die nicht der Ansicht des Herrn Andres sind, in ihrem Ansehen herabgesetzt werden sollen. Das tollste Stück leistet sich das Blatt aber dadurch, daß es einen Artikel unter folgender zweispaltiger Überschrift veröffentlicht:

„Menschen vom Schlage eines Dr. Blavier gehören an die Wand gestellt!“

Der gleiche Geist, der aus den nationalsozialistischen Liebern spricht, die hier in Danzig noch immer gesungen werden, wird auch von einem so prominenten Funktionär der NSDAP, wie Herrn Andres, in seiner Zeitung propagiert. Selbstverständlich, daß auch mit dem „Konzentrationslager“ gedroht wird.

Was zu dem Ganzen zu sagen ist? - Wir überlassen das Urteil darüber der Danziger Bevölkerung und den Stellen, denen ein Urteil außerdem noch zukommt.

von den auslandstypischen Unterstellungen und Beleidigungen geradezu frohen.

Unter der Überschrift „Bandesverrat der Oppositionsparteien am laufenden Band“ werden - um nur die gravierendsten Stellen zu nennen - die Vertreter der Sozialdemokratie und des Zentrums gleich in den ersten Zeilen mit den Titeln: „Lügner, Betrüger und gewissenlose Verräter an der deutschen Sache“ genannt. In dem Artikel heißt es dann unter anderem weiter:

... Ein Beweis des schändlichsten Verrates deutscher Interessen lieferten sie auf der letzten Völkerbundstagung in Genf. Menschen, die auch von sich behaupten, sie wären Deutsche und die bei jedem berechtigten Vorwurf des Landesverrats die Beleidigten und Tiesgekränkten spielen, hielten es mit ihrer „nationalen“ Würde vereinbar, in Genf nicht nur das schwergeprüfte Danzig um weitere Hoheitsrechte zu bringen, sondern verjagten darüber hinaus, den Völkerbund gegen das nationalsozialistische Deutschland auszuspielen. Dieser gemeine Verrat wird den Oppositionsparteien von den jüdischen Marzipanen über das scheinheilige Zentrum bis zu den freimaurerischen Deutschnationalen nie vergessen werden.

Streiflichter

Die Durchführung der Beschlüsse
Das für Danzig wichtigste politische Ereignis der abgelaufenen Woche dürfte ohne Zweifel die Maßnahmen darstellen, durch die der Senat die Beschlüsse des Völkerbundrates vom 21. Januar durchzuführen beabsichtigte. Es handelt sich um die Verordnungen zur

Aufhebung des einseitigen Ehrenschutzes, zur Beseitigung der nach reichsdeutschem Muster durchgeführten Strafrechtsänderung und zur Einrichtung eines Pressegerichts, ferner um den Beschluß des Senats, durch den die aus politischen Gründen entlassenen Gemeindegewaltigen entschädigt werden sollen. Sämtliche Maßnahmen sind etwa einen Monat nach der Beschlußfassung in Genf getroffen worden. Die Durchführung hat also eine geraume Zeit in Anspruch genommen. Das machte es erklärlich, daß inzwischen im englischen Unterhaus bereits Anfragen wegen der Durchführung gestellt worden waren und daß auch die polnische Regierung anlässlich des Besuches des Senatspräsidenten in Warschau Gelegenheit nahm, mit dem Chef der nationalsozialistischen Danziger Regierung über die gleiche Frage in einem Gedankenaustausch einzutreten.

In Danzig hatte man den Maßnahmen des Senats zwar mit Spannung, aber mit Ruhe und Geduld entgegengesehen. Nach dem klaren Urteil des Völkerbundrates, nach der nachdrücklichen Betonung der Notwendigkeit der Durchführung seiner Beschlüsse durch den nationalsozialistischen Senat und nach den feierlichen Versprechungen des Präsidenten Weiser in Genf war es klar, daß der Senat die Entscheidungen vom 21. Januar nicht unbeachtet lassen würde. Aber auch die Maßnahmen selbst sind mit der gleichen Ruhe und ohne Illusionen von der Danziger Bevölkerung aufgenommen worden. Illusionen waren schon deshalb nicht am Platze, weil der Senatspräsident selbst davon gesprochen hatte, daß er nur schweren Herzens der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände könne; zum andern aber auch deshalb, weil die Art der Durchführung der Genfer Beschlüsse selbst Kritik hervorgerufen mußte. Diese Kritik ist mit besonderer Deutlichkeit gegenüber dem Beschluß zu bemerken gewesen, mit dem der Senat die Wiedergutmachung der Schäden der Petenten Lutz und Schmode beabsichtigt.

Es ist hier nicht der Ort, um die Einzelheiten der Maßnahmen des Senats nachzuprüfen. Abgesehen von dem Fall Lutz-Smode und der Wiedergutmachung der Schäden, die anderen in gleicher Lage befindlichen Personen durch Behördenmaßnahmen entstanden sind, handelt es sich ja bisher auch lediglich um die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens, dessen verfassungsmäßigen Inhalt erst die Praxis erweisen muß. Wir haben schon anlässlich des Erlasses der neuen Verordnungen betont, daß es im wesentlichen auf diese Praxis ankommt. Ueber die Verfassungsmäßigkeit gewisser Verordnungen selbst hat sich immer leicht streiten lassen, noch leichter liegen sich Rechtfertigungen für sie finden. Das, was für den Rechtszustand in Danzig und für das Leben seiner Bevölkerung entscheidende Bedeutung hat, ist die Durchführung der Verordnungen und Gesetze, das Verhalten der Behörden ganz allgemein und im Einzelfall. Nur ganz selten und in wichtigen Fällen haben wir deshalb auch in den vergangenen Jahren uns eingehend mit der Frage der Verfassungsmäßigkeit des Wortlauts irgendeiner Verordnung befaßt. Wenn sich dagegen in der Praxis Verfassungswidrigkeiten bemerkbar machten, so haben wir sie mit der Energie verfolgt, deren die Wiederherstellung der Verfassungsmäßigkeit bedurfte. Gerade die jüngste Vergangenheit hat die Wichtigkeit dieses Weges bestätigt.

Das Juristen-Komitee des Völkerbundes, dessen Aufgabe es war, vor der September-Sitzung des Rates verschiedene Danziger Petitionen auf ihre Berechtigung zu prüfen, hat im übrigen den gleichen Weg eingeschlagen. Anlässlich der Beratung der damals vorliegenden jüdischen Petition hat es sich sehr eingehend mit der Frage der Verfassungsmäßigkeit gewisser Danziger Verordnungen beschäftigt und ist wiederholt zu der Feststellung gelangt, daß der Wortlaut dieser oder jener Verordnung an sich mit der Danziger Verfassung in Einklang gebracht werden könne. Die nationalsozialistische Presse hat das dann regelmäßig als einen Erfolg verbucht. Aber immer wieder hat das Juristen-Komitee darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, daß auch die Durchführung von an sich verfassungsmäßigen Verordnungen mit der Verfassung in Einklang stehen muß; das heißt nicht anderes, als daß erst die Kenntnis der Praxis ein vollständiges Urteil zuläßt.

Aus dem gleichen Grunde hat nun auch der Grundsat, den der Völkerbundrat seinen Beschlüssen vom 21. Januar 1935 vorangestellt hat, für die Zukunft Danzigs entscheidende Bedeutung. „Der Völkerbundrat“, so heißt es da, „fordert den Senat der Freien Stadt Danzig auf, generell alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, damit im Geiste der Verfassung regiert werde.“ Erst dann geht die Diskussion auf die Einzelfragen ein, mit denen sich besonders zu beschäftigen der Völkerbundrat seit längerer Zeit

Deutschlands Befürchtungen

Der Rassenpakt schon im Senat

Der Gesandtschaftsbericht über die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktes ist am Freitagvormittag dem Senat zugeleitet. Vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats erstatte der Vorsitzende Senator Béranger Bericht über die Unterredung, die er am Freitagvormittag mit Glanbin über die internationale Lage im Hinblick auf die Genfer Beratungen und über den sowjetrussisch-französischen Pakt gehabt hat. Abschließend fand eine Aussprache statt. Der frühere Ministerpräsident Lalat gab einen Überblick über die Verhandlungen, die er zum Teil selbst geführt hat.

Der Auswärtige Ausschuss beschloß, in die arbeitsreiche Sitzung des Paktes einzutreten, um seine Prüfung zu beschleunigen. Er wird am Montag zusammentreten und dann wahrscheinlich einen Berichtspazier für den Sowjetpakt bestimmen.

Ein ausständiger Antrag

Einen Entschuldigungsantrag für sofortige Wiedereinführung der einjährigen Dienstzeit in Frankreich hat eine Gruppe rechtsgerichteter Abgeordneter eingereicht. Sie berufen sich dabei mit nicht zu verkennender Ironie auf den angeblichen Sicherheitsfaktor, den der sowjetrussisch-französischer Pakt für Frankreich bedeute.

Die Urheber dieses Antrages verfolgen augenscheinlich die Absicht, die Regierung zu einer Stellungnahme zu zwingen. Insofern hat der Antrag nur agitatorischen Wert.

Eine Unterredung mit Reichskanzler Hitler

Der „Paris Midy“ veröffentlicht eine Unterredung des französischen Schriftstellers Bertrand de Jouvenel mit Reichskanzler Hitler, die vor einigen Tagen, also vor der Ratifizierung des sowjetrussisch-französischen Paktes durch die französische Kammer, stattfand. Reichskanzler Hitler hob einleitend seine Friedensliebe und Versöhnungsbereitschaft mit Frankreich hervor. Die anschließenden Stellen der Unterredung beziehen sich auf Hitlers Buch „Mein Kampf“. Bertrand de Jouvenel sagte zum Reichskanzler: „Wir Franzosen lesen zwar mit Freude Ihre Friedenssermonen.“

Wir sind aber trotzdem wegen anderer weniger ermutigender Dinge beunruhigt. So haben Sie in Ihrem Buch „Mein Kampf“ sehr schlimme Dinge über Frankreich gesagt. Dieses Buch wird nun in ganz Deutschland als eine Art politische Bibel angesehen. Es wird verkauft, ohne daß die aufeinanderfolgenden Ausgaben in irgendeiner Hinsicht bezüglich der Stellen über Frankreich einer Korrektur unterzogen würden.“

Reichskanzler Hitler antwortete, daß damals, als er sein Buch schrieb, französische Truppen das Ruhrgebiet besetzt hätten. Aber heute gäbe es keinen Grund für einen Konflikt mit Frankreich. „Sie wollen, daß ich mein Buch korrigiere, wie ein Schriftsteller, der eine neue Bearbeitung seiner Werke herausgibt. Ich bin aber kein Schriftsteller. Ich bin Politiker. Meine Korrekturen nehme ich in meiner Augenpolitik vor, die auf Befriedigung und mit Frankreich abgestellt ist! Wenn mir die deutsch-französische Annäherung gelingt, so wird das eine Korrektur darstellen, die würdig ist.“ Seine Korrektur trage ich in das große Buch der Geschichte ein.“

Der Rassenpakt

Im weiteren Verlauf des Gesprächs stellte dann Bertrand de Jouvenel die Frage nach Deutschlands Haltung zum französisch-sowjetrussischen Pakt, der doch wohl zweifellos eine Belastung der deutsch-französischen Verständigung darstelle.

Reichskanzler Hitler sagte, daß seine persönlichen Bemerkungen um eine solche Verständigung erfolglos blieben. Aber dieser „mehr als bedauerliche Pakt“ werde eine neue Lage schaffen. Er äußerte sodann seine bekannten Befürchtungen, daß Kupfer- revolutionäre Absichten verfolgt und die Völker durcheinander bringen wolle.

Antwort der Schweiz übermittelte

Auf den deutschen Protest wegen des NSDAP-Berichts

Wie aus Bern gemeldet wird, hat die schweizerische Regierung dem deutschen Gesandten in Bern ihre Antwort auf die deutsche Note vom 20. Februar betreffend den Beschluß des Bundesrates, eine Landesleitung und eine Kreisleitung der NSDAP in der Schweiz nicht mehr zuzulassen, übermittelt. Die Note wird nach ihrem Eintreffen in Bern durch die zuständigen Stellen geprüft werden.

gewungen war. Die Danziger Nationalsozialisten haben bekanntlich wiederholt versucht, den Danziger Verfassungskonflikt als eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Danziger Staatsjuristen und den Juristen des Völkerbundes hinzustellen. War diese Erklärung schon auf die speziellen Fälle, die den Völkerbundsrat beschäftigten, nicht anzuwenden, so weist sie aber auf ihrem ganzen Charakter nach auf eine völlige Verkennung des Ernstes des Danziger Verfassungskonfliktes durch die Nationalsozialisten hin. Handelte es sich wirklich nur um juristische Meinungsverschiedenheiten, so hätte es der Völkerbundsrat wahrlich nicht nötig gehabt, den wichtigsten, vorher erwähnten Appell an den Senat zu richten. „generell alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, damit im Geiste der Verfassung regiert werde“, und diesen Appell allen anderen Beschlüssen voranzustellen. Es wäre dann auch wahrlich gar nicht nötig gewesen, dem Jahresbericht des Hohen Kommissars des Völkerbundes eine solche Bedeutung zuzumessen. Gerade aus der Fülle des Materials, das dieser Bericht enthält, und aus Grund seiner eindringlichen Schilderung des politischen und staatlichen Lebens in Danzig zog der Völkerbundsrat jene ganz allgemeine Schlussfolgerung, die überhaupt erst die Bedeutung der Beschlüsse vom 24. Januar ausmacht.

Wir können praktisch reden: Das beispielsweise bei den letzten Volkstagswahlen in einigen Orten erwiesenermaßen offen gemäht worden ist, dürfte niemals zu einem Streit zwischen Juristen über die Verfassungsmäßigkeit solcher Wahl führen. Das der einseitige Ehrenschutz für eine einseitige politische Partei verfassungswidrig ist, brauchen eigentlich Juristen auch kaum zu bestätigen; denn es lag offen zutage. Und daß in staatlichen und gemeindlichen Schulen keine einseitige parteipolitische Agitation betrieben werden darf, das brauchen juristische Argumente kaum noch zu beweisen.

Wir wenden uns damit keineswegs gegen eine rechtliche Nachprüfung aller solcher Fragen, wir verkennen vielmehr durchaus nicht, daß ein begründetes juristisches Urteil von autoritativer Seite oft erst der Meinung des Volkes das nötige Gewicht verleiht. Die Meinung des Volkes über diese Dinge ist nämlich von Anfang an recht einseitig gewesen. Das hat ja selbst der nationalsozialistische Volkstagspräsident Vent dadurch bestätigt, daß er als Nichtjurist und durchaus unvoreingenommener nationalsozialistischer Parteipolitiker seinen Gegnern im Volkstag zurief: „Verfassungsmäßig sind Sie im Recht, das wird niemand bestreiten!“

Wie in der Vergangenheit, also, so wird auch für die Zukunft die Praxis entscheiden. Auch nach Vent gibt es noch eine große Reihe von Erscheinungen, bei denen in Bezug auf ihre Verfassungsmäßigkeit die juristischen Meinungen in Danzig auseinandergehen. Die Grundlage, die am 24. Januar zur Beurteilung aller dieser Fragen geschaffen wurde, mußte aber autoritativ genug sein, um den Weg zu weisen, der in Danzig gegangen werden muß. Das um so leichter, als der Völkerbundsrat noch ganz besonders die Aufgabe des Hohen Kommissars als des Vertreters des Völkerbundes in Danzig unterstrichen hat. Mit den Beschlüssen vom 24. Januar und ihrer Durchführung durch den Senat soll — das ist unter aller Ueberzeugung — eine neue Ära im Danziger staatlichen Leben beginnen. Die Bevölkerung ist sich über die Bedeutung dieser Tatsache durchaus im Klaren.

Der „Staatsfeindliche“ Verfassungsentwurf

an einer Vortrags-Disposition, die an der Danziger Hochschule für Lehrerbildung bei der Erziehung des Danziger Lehrer-Kadaverdies Verwendung findet, und die wir getreu nachdrucken, findet sich unter anderem sehr kritischen Material auch die Behauptung, daß derjenige im allgemeinen in Danzig verfassungswidrig handeln werde, der die widerstandslos und innerlich unwilligen Schüler der Danziger Verfassung durchzuführen will oder sich auf sie beruft. Ja, in einem Falle wird sogar behauptet, daß ein Artikel der Verfassung — gemeint ist der Artikel 107 — im Grunde „Staatsfeindlich“ sei.

Ran wird zugegeben, daß es eine eigenartige Sache ist, wenn in einem Verfassungsstaat nicht etwa in der öffentlichen politischen Diskussion, worüber man selbstverständlich streiten könnte, sondern in einer Anzahl zur Veranlassung von Lehrern desselben Staates der Schüler die Staatsfeindlichkeit von eigenen Staatsgrundgesetzen „nachgewiesen“ wird; und das wiederum nicht etwa als Diskussionspunkt, sondern, wie es heißt, als „wissenschaftliches Ergebnis“ eines Vortrages. Wir können uns recht gut die Empfindungen der verfassungstreuen Danziger Eltern vorstellen, deren Kinder zu Lehrern, die in dieser Weise erzogen worden sind, in die Schule gehen sollen.

Der Artikel 107 der Danziger Verfassung, der hier als „Staatsfeindlich“ bezeichnet wird, ist wohl mit Recht als der wichtigste Grundpfeiler für die Erziehung der Schüler in Danzig anzusehen. Beim Unterrichts in öffentlichen Schulen, so lautet er, ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen der Schüler nicht verletzt werden. Es ist der Ausdruck echten demokratischen Geistes in einem demokratischen Staat, als welcher die Danziger Bevölkerung die Freie Stadt erhalten wissen will.

Die Entscheidung, daß dieser Grundpfeiler „Staatsfeindlich“ sei, liegt im übrigen erst Herrn Dr. Beyer, einem Dozenten an der Danziger Lehrerbildungshochschule, vorbehalten. In den einschlägigen Jahrbüchern Danziger Staats- und Schullebens war von dem „Staatsfeindlichen“ Charakter dieses Artikels nämlich nichts zu vernehmen. Konkrete sind aus diesem Artikel erst entstanden, als Kräfte, die gegen den demokratischen Staat gerichtet waren, in der Schule maßgebenden Einfluß gewannen. Das diese Kräfte sich durch den Artikel 107 der Danziger Verfassung beschränken, ist nicht zu verwundern. Verfassungswidrig oder verfassungswidrig werden kann niemals gesagt sein, die Verfassung oder die Verträge als wesentliche Ordnung zu empfinden; sie werden es viel eher als Schranke gegen eine unzulässige Herrschaft anerkennen. Tatsächlich aber hat der als „Staatsfeindlich“ bezeichnete Artikel der Danziger Verfassung und damit auch dem Staat die besten Dienste geleistet, und es ist ein stolzes Zeugnis für das Schicksal in allen demokratischen Ländern gilt — in diesen Ländern aber die Verfassung der öffentlichen Schulen weitestgehend bewahrt hat. Das ist ein stolzes Zeugnis für die unerschütterliche Kraft der Verfassung für die angestrebte Staatsfeindlichkeit der zeitigen Falschung geworden werden könnte, wenn nicht aus verfassungswidrigen Dingen heraus.

Der Artikel 107 ist das nicht das Problem, um das es sich hier geht. Die Demokratie und die Volksherrschaft im öffentlichen Leben bedürfen keiner solchen Schutzmaße mehr, ihre Verträge liegen klar vor Augen. Das was jedoch unerschütterlich ist die Frage, ob der Staat eine parteipolitische Verfassung durch keine eigenen Einrichtungen und Mittel mit dem Ziel der Umgestaltung eines Grundgesetzes bilden kann. Diese Frage ist besonders wichtig in Anbetracht der Tatsache, daß es sich hier um die Erziehung der Jugendgeneration und also der Zukunft selbst handelt.

Wir haben bereits immer wieder auf gewisse Erscheinungen in unserer Schulleben hingewiesen, die den Grundpfeiler in der gleichen Richtung wie in diesen Fällen aufzuweisen haben. Es muß gesagt werden, daß die Erscheinungen, die nurmehr bei der Festlegung für Verfassungsänderungen offen stehen, diese Verfassungen nicht zu verurteilen. Allerdings sind Erscheinungen dieser Art in Danzig nicht ungewöhnlich. Der parti Tag in hier eine Art Verfassungsgesetze von Danziger Grundgesetz, also einer fe-

stlich-rechtlichen Körperschaft und Zwangsorganisation, eingerichtet worden. Diese Schule ist sogar der staatlichen Technischen Hochschule angegliedert. Bei ihrer Eröffnung Technischer Vizepräsident des Senats, Kuth, u. a. den Beamten als Träger der nationalsozialistischen Weltanschauung bezeichnet. Der erste Vortrag, der an dieser Schule gehalten wurde, befaßte sich außerdem mit dem Nationalsozialismus. Man könnte die Reihe der Beispiele vermehren. Man könnte darauf hinweisen, daß vor den Polizeibeamten, den Postbediensteten usw. in letzter Zeit nationalsozialistische Propagandareisen gehalten wurden, und daß die Vorgesetzten an diesen Vorträgen aufforderten, ja sie sogar als einen Teil des Dienstes beizuzählen.

Verstärkung in Tokio

Putzschiffen lehnen Rückzug ab — Marine gegen Landheer?

In einem Bericht über die Lage in Tokio um 23 Uhr (15 Uhr MEZ) wird die japanische Hauptstadt mit einem Pulverhaufen verglichen, von dem die Behörden den zündenden Funken noch fernhalten. Seit den Mittagsstunden, in denen das Ultimatum an die Aufständischen abgelesen ist, ist das Geschäftsviertel vollständig verödet. Viele Geschäfte haben geschlossen. Während des ganzen Tages wurden ununterbrochen Verhandlungen zwischen dem Heer, der Marine und den Zivilbehörden geführt. Der Graf der Lage wird durch das Eintreffen des schwerkranken Feldmarschalls Prinz Kanin beleuchtet. Der Kaiser empfing den Kriegsminister und den Stadtkommandanten zur Berichterstattung. Die Lösung der Kabinettsfrage wurde bis zur Klärung der Lage zurückgestellt.

Die Drohung der Behörden, nach dem Ablauf des Ultimatumes gewalttätig gegen die Aufständischen vorzugehen, wurde bisher nicht ausgeführt.

Um 23 Uhr (15 MEZ) hielten die Aufständischen das Regierungsviertel noch besetzt. Der Widerruf des Verbotens, das Regierungsviertel zu räumen und das offensichtlich vorläufige Vorgehen der Behörden wird als ein Anzeichen für die Sympathien gedeutet, die die Aufständischen in weiten Kreisen des Militärs genießen.

Zuverlässige Nachrichten aus Tokio, die die Ereignisse bis zum Ende des gestrigen Tages zusammenfassen, schildern die Lage als völlig in den Händen der Armee, und zwar der Aufständischen und der sogenannten Loyalen. Danach besteht offenbar kein Unterschied in der politischen Einstellung dieser beiden Gruppen. Beide wollen einen unmittelbaren Einfluß auf die Politik und daher auf den Kaiser. Beide wollen also die Mitglieder des mit großen Machtbefugnissen ausgestatteten Kabinettsrates, des „Gonro“, ausgeschaltet wissen. Daran erklärt sich, daß die Aufständischen die älteren Staatsmänner töteten und andererseits die Loyalen nicht auf die Aufständischen ischließen, obwohl diese auch heute noch die öffentlichen Gebäude besetzt halten und auch gestern abend noch die Klagen der Aufständischen über dem Amissh des Ministerpräsidenten wehte.

Die Gefahr von Kabel- und drahtloser Telephonie, die vorübergehend gemindert war, wurde gestern abend wieder verschärft.

Diese Maßnahme deutet zweifellos auf eine Verstärkung der Lage. Die letzten noch eingetroffenen Meldungen deuten darauf hin, daß die Weigerung der Aufständischen, die befeh-

Alle diese Erscheinungen, deren Entstehung jetzt oft bereits Jahre zurückliegt, können nur mit größter Sorge beobachtet werden. Wir wissen nur zu gut, wie wenig sie heute schon unter den von ihnen zunächst Betroffenen Popularität besitzen. Das ist aber höchstens ein Grund mehr, gegen sie Stellung zu nehmen und ihre Beseitigung zu verlangen. Noch weniger populär als bei den unmittelbar Betroffenen sind sie jedoch ganz gewiß in der großen Masse der Danziger Bevölkerung. Es gibt heute Hunderttausende in Danzig, denen früher niemals der Wert fester staatlicher Normen im Sinne der demokratischen Danziger Verfassung eingegangen ist, die aber heute alle mit dieser Verfassung sich aufs engste verbunden fühlen und ihren Geist von allen so geachtet wissen wollen, wie sie ihn selbst achten.

Verstärkung in Tokio

Putzschiffen lehnen Rückzug ab — Marine gegen Landheer?

ten Teile der Stadt freizugeben und in die Kasernen zurückzuführen, zu ernstlichen Weiterungen und zu einer Verstärkung der politischen Lage geführt hat. Man befürchtet den Ausbruch von neuen Kämpfen.

Kaiserliche Anweisungen gegen die Putzschiffe?

Generallieutenant Kasai, dem unter dem Kriegszustand das Kommando für Tokio übertragen worden ist, hat um 21.50 Uhr Tokioer Zeit (14 Uhr Berliner Zeit) bekanntgegeben, daß die Soldaten, die am 26. Februar früh den Gehorsam verweigert haben, immer noch das Stadtviertel Kagatscho besetzt halten. Er werde nunmehr die notwendigen Maßnahmen gegen sie ergreifen. Die ihm unterstehenden Truppen gingen auf Grund kaiserlicher Anweisungen vor. Mit Ausnahme des besetzten Stadtviertels herrsche in Tokio so wohl wie im ganzen Lande vollständige Ruhe.

Widersprechende Meldungen

Nach einer amtlichen Nachricht aus Tokio ist der größte Teil der Putzschiffe am Freitag um 11.34 Uhr Tokioer Zeit in die Kasernen zurückgekehrt. Nur ein kleiner Teil der an der Besetzung der öffentlichen Gebäude beteiligten Truppen soll der Meldung zufolge, die Räumung abgelehnt haben.

Wie dagegen heute morgen aus Tokio nach London gemeldet wird, befinden sich die japanischen Aufständischen immer noch im Besitz der von ihnen besetzten Regierungsgebäude. Alle Bemühungen, sie zu einem friedlichen Rückzug zu veranlassen, seien fehlgeschlagen. Infolge der Landung weiterer Flottenkräfte von der 1. japanischen Flotte in Tokio werde neuerdings ein Zusammenstoß zwischen der Armee und der Flotte befürchtet. Die Flotte sei durch die Ermordung der drei Admirale Okada, Saito und Suzuki, vergrößert. Das Gerücht, daß der frühere Kriegsminister und Eroberer der Mandchurie, General Araki, eine Militärdiktatur errichten werde, sei immer noch weit verbreitet.

Die Marineverstärkungen gelandet

Nach Meldungen aus Tokio war zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der japanischen Hauptstadt bereits am Donnerstag als Verstärkung das Landungskorps des Kaiserlich-kaiserlichen Flottenkommandos eingetroffen. Am Freitag schiffte bei Tagesanbruch in der Bucht von Tokio das 1. Geschwader eine starke Landungsabteilung aus.

Der Eroberungszug der Italiener

Katalalzone frei — Gefahr für Dessie

Die vom italienischen Propagandaministerium am Freitag nachmittag 4 Uhr ausgegebene amtliche Mitteilung Nr. 139 meldet die Eroberung des Amba Madschi.

Der von Marschall Rodoglio geleitete Heeresbericht lautet: „Die Truppen des I. Armeekorps haben Amba Madschi erobert. Seit heute nachmittag 11 Uhr weht auf der Höhe dieses Berges, der den Gebirgszweig des Amba Madschi bildet, die italienische Flagge.“

Das Gebirgsnests des Amba Madschi, dessen Eroberung der italienische Heeresbericht Nr. 139 bekanntgibt, liegt 20-30 Kilometer südlich des kürzlich von den Italienern eroberten Gebirgsnests Amba Arabom. Die nun eroberte Bergkette des Amba Madschi stellt am nächsten ein Hindernis dar, das als Schutzwand zwischen dem Heer nach dem abessinischen Hauptquartier Dessie.

Der amtliche italienische Heeresbericht Nr. 138 hat schon auf Angriffshandlungen hingewiesen. Er lautet: „Zwei den italienischen Heeresgruppen des 27. und unsere Truppen an der Grenzlinie in Tannogana. Von der Grenzlinie sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung zu melden.“

Das Hauptquartier bedroht

Das dem italienischen Hauptquartier Amara meldet das 27.:

Mit der Eroberung und Befreiung des Bergnests des Amba Madschi durch das I. Armeekorps ist ein wichtiges Ereignis nach Abessinien in die Hände der Italiener gefallen. Der Amba Madschi beherrscht den Weg nach dem abessinischen Hauptquartier Dessie. Jeder etwaige Versuch der abessinischen Streitkräfte, westlich von Dessie den Vorwärtsschritt der Italiener entgegenzusetzen, kann aus dieser starken Schutzwand heraus wirkungslos verhindert werden.

Das I. Armeekorps marschierte am Donnerstag und Freitag, ohne Widerstand zu finden, in drei Kolonnen vor. Schätzungsweise des Amba Madschi kam es zu heftigen Kämpfen zwischen den Italienern und den Abessiniern. Die italienischen Truppen haben das Amba Madschi fast gänzlich von den Abessiniern befreit, jedoch, natürlich, gefangen, die italienischen Streitkräfte mit dem Sieg einen wichtigen Erfolg zu verzeichnen haben.

Genau wie in Rom herrscht auch unter den Truppen der Abessinier große Beunruhigung. Man erinnert sich auch hier an den Feldzug des Kaisers Tscheli im Dezember 1935. Die Heeresmacht Tscheli hat dem I. Armeekorps eine hohe Geißel, die aus Äthiopien auf dem Amba Madschi geschlagen wurde. Von diesem Zeitpunkt an wird häufig berichtet, daß die einseitige Verlagerung der Truppen der abessinischen Heeresmacht zunehmend erschwerter wird. Die Einheiten werden, wie immer erklärt wird, den fliehenden Soldaten nachteilig in den Rücken geschlagen und die fliehenden Truppen zum Teil niedergemetzelt haben.

Der Vorwärtsschritt auf der rechten Flanke in Verbindung mit dem Einbruch des Heeres des III. Armeekorps. Seit Donnerstag haben diese beiden Heeresgruppen eine neue Aktion eingeleitet. In Richtung des westlichen Gebirgsnests an der Grenzlinie ist man sich untereinander. Man erklärt, daß mit der Eroberung des Amba Madschi der Zusammenstoß der ge-

jamten abessinischen Nordfront in immer greifbarere Nähe rückt.“

Genf diesmal ohne Italien

Sie in unterrichteten Kreisen verlautet, wird Italien bei den kommenden Genfer Beratungen über die abessinische Frage nicht vertreten sein.

Abessinischer Hilferuf

Der abessinische Gesandte in London, Dr. Martin, ersucht die englische Regierung in einem Aufruf um eine private Anleihe, damit Abessinien Waffen für seine Verteidigung kaufen könne. In dem Aufruf heißt es, daß die Abessinier „verleidendes hingemetzelt würden, während der Völkerbund seine Erörterungen fortsetze“. Die Abessinier seien überzeugt, daß sie mit einer privaten Rüstungsanleihe in der Lage wären, ihre Feinde wirksam und rasch niederzuwerfen.

Einer soll die Initiative übernehmen

Es wird sich aber kaum jemand finden

Die englischen Morgenblätter beschäftigen sich mit der Reife des Außenministers Eden nach Genf und mit der voraussichtlichen Entwicklung der Genfer Besprechungen. Der mittlere gut unterrichtete diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ glaubt zu wissen, die englische Regierung sei zu dem Schluß gekommen, daß eine Delegationssperre die praktische Lösung und wirksamste Maßnahme wäre. Diesen Standpunkt werde Eden in Genf voraussichtlich vertreten. Was die eigentliche Delegationssperre betreffe, so habe das Kabinett erkannt, daß die Bedingungen noch nicht gegeben seien, unter denen die Delegationen an Italien durch andere als durch militärische und Flottenmaßnahmen abgegrenzt werden könnten. Wenn der Völkerbund vorangehe, würde England jedoch bereit sein, die doppelte Sanction einer Delegationssperre sowohl wie einer Transportsperre in Kraft zu setzen. Da aber England ebenso wie Frankreich in Genf nicht die Initiative ergreifen würden, bleibe es abzuwarten, ob ein Vertreter des Abessinischen Reiches eine Delegation vorschlagen werde.

Die Autos in der Ehrenhalle

Reichsführer Hitler befragt noch einmal die Automobilisten

Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet u. a.: „Biermal, 1933, 1934, 1935 und 1936, hat der Führer die Automobilistenfrage erörtert, und Jahr für Jahr hat er seine besondere Liebe zum Kraftfahrzeug durch einen mehrmaligen Besuch der Berliner Autosalon bezeugt. Auch am Donnerstag gegen 20.00 Uhr befragte der Führer noch einmal alle zur Hand gelangten Kraftfahrzeuge. Lange verweilte der Führer auch bei seinen in der Ehrenhalle aufgestellten Kraftwagen, mit denen er in den schwersten Jahren seines Kampfes um die Erneuerung Deutschlands durch alle deutschen Gassen gefahren ist. Die Befragung war erst gegen 1 Uhr nachts beendet.“

Auch Ministerpräsident Göring befragte am Mittwoch die Automobilisten. General Göring verweilte längere Zeit in den Ausstellungen und zeigte namentlich für die auf der Ausstellung gezeigten Reichsdenkmäler großes Interesse.

Wahlen zum Vertrauensrat

In Deutschland wird gewählt / In Danzig fehlt die Wahlordnung

Nach dem Arbeitsordnungsgesetz, in dem die nationalsozialistischen Vorstellungen über das „neue Arbeitsrecht“ niedergelegt sind, haben jedes Jahr im April Neuwahlen der sogenannten Vertrauensleute stattzufinden. Dies Gesetz ist bekanntlich auch in Danzig übernommen. Die Danziger Verordnung vom 8. Mai 1934 unterscheidet sich von dem deutschen Vorbild nur darin, daß in ihr keine Vorschriften über die Art des Wahlverfahrens enthalten sind, während in Deutschland die Bestimmungen des Wahlrechts im Gesetz selbst aufgeführt werden. Dort wird bekanntlich nicht gewählt, sondern nur über eine Liste abgestimmt, die von der Arbeitsfront für jeden Betrieb aufgestellt wird. Unter Umständen kann also dort ein verhältnismäßiger Bruchteil der Betriebsangehörigen die Betriebsvertretungen bestellen, während die oppositionelle Mehrheit durch ablehnende Stimmabgabe oder Stimmenthaltung nur ihren Protest zum Ausdruck bringen kann.

Eine solche Regelung war selbstverständlich in Danzig nicht möglich.

Hier ist die Arbeitsfront ein privater Verein, ja, sie ist noch weniger als andere Arbeitnehmervereinigungen, weil sie nicht als Gewerkschaft angesehen werden kann und daher nicht den verfassungsmäßigen Schutz genießt, der den Gewerkschaften zukommt.

Es soll zwar keineswegs gesagt sein, daß die Übernahme aller anderen Bestimmungen dieses Gesetzes verfassungsmäßig ganz unbedenklich wäre. Das gilt z. B. schon von dem Grundgedanken des Gesetzes, daß der Unternehmer als „Häupter“ des Betriebes bezeichnet und ihn allein in allen betrieblichen Angelegenheiten entscheidend läßt, während die Verfassung sagt, daß die Betriebsvertretungen gleichberechtigt mit dem Unternehmer an der Regelung der Arbeitsbedingungen mitwirken sollen.

Immerhin treten bei diesen Bestimmungen die verfassungsmäßigen Bedenken nicht so unmittelbar zutage, wie es bei den Wahlvorschriften des deutschen Gesetzes der Fall ist. Offenbar deshalb hat der Senat auch diese Bestimmungen nicht übernehmen wollen. Er hat aber auf auffälligerweise nicht etwa eine andere Regelung bestimmt, sondern

hat die Frage einfach offen gelassen, wie denn eigentlich neue Betriebsvertretungen zustande kommen können.

Es heißt in der Danziger Verordnung nur, daß die Vertrauensmänner von der Betriebschaft (hier: Arbeitsfront) aus ihrer Mitte bestimmt werden. Selbstverständlich kann man angeht die ausdrückliche Verfassungsvorschrift hierunter nur eine Wahl verstehen. Zu einer Wahl aber braucht man eine Wahlordnung, in der gesagt sein muß, wer berechtigt ist, Listen einzureichen, wer kandidieren darf, wer wahlberechtigt ist, welche Sicherungen für das Wahlgeheimnis zu treffen sind usw. Alle diese Vorschriften fehlen, obwohl inzwischen schon fast zwei Jahre seit dem Erlass dieser Verordnung vergangen sind. Wenn also in Danzig gewählt werden müßte, so würde es gar keinen anderen Ausweg geben, als daß man nach der Wahlordnung des alten Arbeitnehmerschutzgesetzes verfährt, die — wie es die Verfassung will — durchaus demokratisch war und auch in ihren Einzelheiten in der Praxis kaum zu Beanstandungen Anlaß gegeben hat.

Der Treuhänder der Arbeit hat sich dagegen auf den Standpunkt gestellt, daß — weil eben keine Wahlordnung da ist — überhaupt nicht gewählt werden könne. Wenn das richtig wäre, so würde das bedeuten, daß der Rechtszustand in Danzig noch weniger demokratisch wie der im Deutschen Reich ist.

Die Verfassung garantiert den Arbeitern das Recht, Männer ihres Vertrauens damit zu beauftragen, mit dem Arbeitgeber über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln.

Es widerspricht dem Sinne dieser Verfassungsbestimmung, wenn es der Senat in der Hand hätte, dies Recht auf unabsehbare Zeit verhindern zu lassen.

Bekanntlich hat der Polizeipräsident dem Arbeiterverband bei seiner Auflösung auch seine Propaganda für Neuwahlen von Betriebsvertretungen zum Vorwurf gemacht. In diesem Punkt aber ist das Landgericht dem Polizeipräsidenten nicht gefolgt. Es ist verständlich, sagt das Urteil, daß die Bestätigung aller Betriebe ihrem Wahlrecht große Bedeutung beizulegen, und daß der Kläger als Arbeitnehmerschutzverband alles, was mit diesen Wahlen zusammenhängt, mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt und in der Verbandszeitung bespricht. Mit diesem Satz — den man höchstens deswegen beanstanden kann, weil er nicht genügend betont, daß es nicht nur das Recht des Arbeitnehmerschutzverbandes ist, auf die verfassungsmäßige Notwendigkeit von Wahlen hinzuweisen — ist eigentlich alles gesagt. Es ist unter rechtlichen Gesichtspunkten unverständlich, wie es möglich ist, daß in einem Land, in dem die Koalitionsfreiheit nicht mehr besteht, und in dem das Betriebsratsgesetz aufgehoben ist, immer noch alljährlich Wahlen stattfinden.

Daß aber in einem anderen Land, in dem diese grundlegenden Arbeiterrechte unerschütterlich weiterbestehen und im Grundgesetz des Staates festgelegt sind, solche Wahlen vermiehen werden.

Wenn man bedenkt, daß das Deutsche Reich in den drei Jahren des nationalsozialistischen Regimes grundlegende Errichtungen in seiner Wirtschaft und seiner Sozialverfassung durchgemacht hat, daß aber trotzdem in jedem Jahre Betriebsratswahlen stattgefunden haben, und auch jetzt wieder zum vorgeschriebenen Termin vorbereitet werden, dann hat man bei der Reizung des nationalsozialistischen Senats, Deutschlands Vorbilder möglichst nachzuahmen, allen Anlaß, besonders aufmerksam die Gründe zu untersuchen, die den Senat in diesem Punkt zu einer Abweichung veranlassen haben. Die Entwicklung der Dinge ist bekannt:

Eine der ersten Handlungen des nationalsozialistischen Senats war es, die Arbeiter- und Angehörigenausschüsse aufzulösen und Neuwahlen anzukündigen.

Ende Juli, Anfang August 1933

wurde in fast allen Betrieben im Gebiet der Freien Stadt Danzig neu gewählt. Man wird sich bei der Vermorrenheit und verzerrten Stimmung erinnern, die damals die Arbeiterschaft erfüllt hatte, und wird das Wahlergebnis nicht weiter erstaunt finden. Mit Ausnahme einiger weniger Großbetriebe gelang es nirgendwo, eine nationalsozialistische Liste einzureichen, selbst dort nicht, wo trotz aller Terrormaßnahmen noch Wähler, die wenige Monate zurückliegen, ein für die Nationalsozialisten vernichtendes Ergebnis gebracht hatten. Das mangelnde Interesse, das diese Wahlen anzeigten, erwies sich jedoch als berechtigt, denn der Rat, den die nationalsozialistischen Kandidaten in den paar Großbetrieben aufbrachten, brachte keine Früchte: sie wurden zwar gewählt, vom Senat, der sich durch eine besondere Verordnung ein Bestätigungsrecht anerkannte, aber nicht bestätigt.

Man braucht den nationalsozialistischen Funktionären, die damals gewählt wurden, noch nicht einmal einen besonderen Vorwurf daraus zu machen, daß sie sich durchgängig sehr wenig bewährt haben.

Es fehlte ihnen jede Erfahrung; jeder Zusammenhang mit den Wählern, kurz, jede Möglichkeit, dem Arbeitgeber gegenüber Rückgrat zu zeigen. Zum großen Teile haben ihnen deshalb ihre Ämter wenig Freude gemacht und in einem sehr erheblichen Teil der Betriebe haben die Ausschüsse schon sehr bald aufgehört zu funktionieren. Setzte sich nämlich ein Schatten von Selbständigkeit, so machten sich die Funktionäre der NSD, die Befugnisse der Ausschüsse an und zwangen die gewählten Ausschussmitglieder zum Rücktritt.

Als nun 1/2 Jahre später, im Mai 1934, das Arbeitsordnungsgesetz in Danzig verkündet wurde, empfand man die Verschlechterung gegenüber dem früheren Zustand nicht so sehr. Entscheidend war aber wohl, daß damals der Allgemeine Arbeiterverband aufgelöst war und im Prozeß um sein Weiterbestehen kämpfen mußte, und daß die Arbeiterschaft deshalb gerade auf arbeitsrechtlichem Gebiet ohne Führung dastand. Wenige waren sich wohl damals darüber klar, mit welchem Nachdruck sie sich auf ihre verfassungsmäßigen Rechte berufen konnten.

Wie schon erwähnt, bestimmt die Verordnung zur Ordnung der Arbeit, daß jeweils im Monat April neu zu wählen ist.

Da die Verordnung im Mai verkündet worden ist, war die erste der fälligen Wahlen nicht möglich. Gerade deshalb schien aber eine Ersetzung derjenigen Betriebsvertretungen möglich zu sein, die nicht regelmäßig entstanden oder zusammengebrochen waren, also zumindest in all den diesen Fällen, in denen „Kommissare“ statt der Arbeitnehmerschüsse amtierten. Diese Hoffnung wurde dadurch bestätigt, daß zweimal in Durchführungsverordnungen des Senats gesagt wurde, daß nur die bei Verkündung des Arbeitsordnungsgesetzes rechtmäßig bestehenden Arbeitnehmerschüsse als Vertrauensräte weiter amtierten sollten. Wenn auch in allen übrigen Fällen der Treuhänder der Arbeit das Recht hatte, vorläufige Vertrauensmänner zu bestellen, so konnte doch diese Bestellung nur solange dauern, bis eine Neuwahl technisch möglich war. Man wartete deshalb zunächst auf die Wahlordnung, versuchte festzustellen, in welchen Betrieben Wahlen erforderlich und durchführbar waren, mußte sich jedoch überzeugen, daß die politische Situation nur wenig geklärt war. Es schien deshalb zweckmäßig zu sein — abgesehen von Einzelfällen —, den allgemeinen Wahltermin, den April 1935, abzuwarten.

Am 7. April 1935 fand die Wahl zum Volkstag statt. Sie endete

trotz Terror und Wahlbeeinflussung mit einer überzeugenden Abgabe gerade der Arbeiterschaft an die Nationalsozialisten.

Unmittelbar nach Feststellung dieses Wahlergebnisses wurde im Gesetzblatt eine Verordnung verkündet, nach welcher die in diesem Monat noch fälligen Wahlen zu den Betriebsvertretungen „bis auf weiteres“ verschoben wurden. Der Zusammenhang mit dem Ausfall der Volkstagswahl ist unübersehbar.

Allgemeine Wahlen zu den Betriebsvertretungen hätten, das kann gar keinem Zweifel unterliegen, den freigeewerkschaftlichen Listen fast überall eine starke Mehrheit verschafft.

Es war deshalb nur natürlich, wenn der Allgemeine Arbeiterverband als Vertreter des freigeewerkschaftlichen Gedankens die Fortdauer der nationalsozialistischen Herrschaft in den Betrieben als unerträglich empfand. Er sah angeht dieser Verordnung nur einen Ausweg. Nach den vorher erwähnten Durchführungsverordnungen war eine Neuwahl jedenfalls dort möglich, wo Kommissare amtierten oder sonst irgend welche Mängel in der Zusammenfassung der Vertrauensräte festzustellen waren. Als hervorragendstes Beispiel zeigten sich die Verhältnisse bei der Danziger Werft. Dort war auf immer noch ungeklärte Weise der bisherige Vertrauensrat durch einen neuen ersetzt worden, obwohl weder eine Neuwahl noch eine Abhebung erfolgt war. Der Allgemeine Arbeiterverband wies die Leitung der Danziger Werft auf diesen ganz zweifellos gescheiterten Zustand hin, hatte aber mit seinen rechtlichen Vorstellungen keinen Erfolg. Er nahm deshalb die Disziplin hierüber in der „Arbeit“ auf.

Diese Veröffentlichung hierüber ist dann viele Wochen später vom Polizeipräsidenten mit zur Begründung der Auflösung herangezogen worden. Dabei spielte auch der Briefwechsel mit der Leitung der Werft eine Rolle. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Danziger Werft seit jeher von allen Betrieben im Gebiet der Freien Stadt Danzig derjenige ist, in dem die

Ergebnislose Verhandlungen mit der Staatsbahn

Kommt es zu Massenentlassungen?

Wie wir erfahren, sind alle bisher geführten Verhandlungen mit dem Danziger Büro der Polnischen Staatsbahnen wegen der bekannten Vorschläge ergebnislos verlaufen. Das Danziger Büro hatte zu gestern mittag nochmals die Gewerkschaftsvertreter geladen. Ihnen wurde erklärt, daß das Danziger Büro die endgültige Haltung der Tarifverwerklichen erfahren möchte. Weiter wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Danziger Büro bereit sei, die bisher gemachten Vorschläge einer gewissen Revision zu unterziehen. So wäre die Eisenbahnverwaltung bereit, einer Verkürzung der für die neuen Feiertage vorgesehenen Laufzeit zuzukommen. Bekanntlich sollten mit Wirkung vom 30. September bis 30. September d. J. halt wie bisher vier Feiertage deren sechs monatlich eingeführt werden mit der Maßgabe, daß bei einer Verringerung des Eisenbahnverkehrs die zwei zusätzlichen Feiertage vorzeitig ausgeschrieben würden. Das Danziger Büro wäre nun bereit, eine andere Feiertagsbegrenzung als den 30. September anzuerkennen. Außerdem ließ der Vertreter des Danziger Büros durchblicken, daß eventuell auch eine Milderung in der Frage der Beurlaubung der 30 Arbeiter ohne Lohn durchführbar wäre.

Die Gewerkschaftsvertreter haben auch diesen Vorschlägen gegenüber die alle ablehnende Haltung eingenommen.

Sie wiesen mit allem Nachdruck darauf hin, daß für sie die Annahme der bisher gebotenen Vorschläge untragbar wäre. Sie wüßten ihren Mitgliedern die mit der Erweiterung der Feiertage verbundenen Lohnkürzungen nicht zu machen. Der bisher verdiente Lohn reiche gerade aus, die allerniedrigsten Ausgaben zu decken. Eine weitere Senkung der Einnahmen würde für die Eisenbahnarbeiter geradezu katastrophale Auswirkungen mit sich bringen. Die Verkürzung der Lohnempfänger habe jetzt schon ein für und für gesichertes Ausmaß erreicht. Jede weitere Verkürzung müßte früher oder später zu einer niemals wieder gutzumachenden Verelendung führen.

BEI
GRIPPE
Erkältungs-Krankheiten,
rheumatischen u. gichtischen
Leiden haben sich Total-
Tabletten hervorragend
bewährt. 6.000 Ärzte-Gutachten!
Ein Versuch überzeugt! PREIS G. 1.85
BRINGT TOTAL RASCHE HILFE

Nationalsozialisten am liebsten Fuß gefaßt haben. Dort wäre also eine Wahl für die Arbeitsfront am unangenehmsten gewesen. Die Forderungen, die der Allgemeine Arbeiterverband an die Leitung der Danziger Werft gerichtet hatte, sind aber selbst nach dem Wortlaut der verschiedenen Senatsverordnungen durchaus berechtigt. Wenn man nämlich schon eine Neuwahl nicht für zulässig gehalten hätte, so hätte zumindest dieser neu errichtete Vertrauensrat wieder verschwinden müssen.

Wenn das Landgericht nun auch diesen Teil der politischen Begründung fallen gelassen hat, so doch selber mit einer Begründung, die wiederum nicht ausreicht, um die verfassungsmäßige Notwendigkeit von Neuwahlen der Betriebsvertretungen klarzustellen. Es meint, daß aus dieser Verordnung, die nach den Volkstagswahlen keine Betriebsvertretungswahlen zulassen wollte, nicht zu ersehen sei,

bis wann dieser Ausschub dauern sollte.

Man könne deshalb dem Arbeiterverband keinen Vorwurf machen, wenn er nach mehreren Monaten öffentlich die Ansicht vertritt, daß nunmehr der Zeitpunkt für allgemeine Neuwahlen gekommen sei. Der grundlegende Irrtum, dem diese vorläufige Begründung entspringt, ist der gleiche, aus dem das Landgericht in der anderen Frage, die es zu entscheiden hatte, der Zulässigkeit der Stellungnahme gegen die Arbeitsvermittlung nach Deutschland, zu einer unzulässigen der Auflösungsverfügung gekommen ist. Man kann unzulässig aus dem Urteil entnehmen, daß das Landgericht auf dem Standpunkt steht, man könne zwar, solange eine gesetzliche Regelung nicht erfolgt sei, eine bestimmte Regelung fordern; wenn aber der Gesetzgeber gesprochen hat, dann müsse man seinen Willen hinnehmen und können höchstens noch am Rande und in Einzelheiten die Abstellung von Mängeln vorschlagen. Diese Vorstellung entspricht aber in keiner Weise den Grundgedanken der Verfassung. Der Grundgedanke der Meinungsfreiheit gestattet es jedem Staatsbürger, zu jeder Frage, seiner Überzeugung entsprechend, Stellung zu nehmen und auch die Abschaffung eines Gesetzes zu verlangen, wenn es eine andere Regelung vorschreibt, als er sie für richtig hält.

Das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit berechtigt die Arbeiterschaft, sich zur Verteidigung ihrer Interessen zusammenzuschließen und jede Maßnahme zu bekämpfen, die nach ihrer Ansicht ihre Interessen schädigt.

Es liegt im Wesen der Gewerkschaften, daß sie nicht nur gegen die Regierung ihre Ansicht zu vertreten und mit allen gesetzlichen Mitteln durchzusetzen versuchen. Wenn der Allgemeine Arbeiterverband daher aus verfassungsmäßigen und aus sozialpolitischen Gründen meint, daß der Arbeiterschaft das Recht auf die Wahlen ihrer Vertreter nicht länger vorenthalten werden dürfe, so kann man ihm nicht einwenden, daß die Regierung aus anderen Gründen, wirtschaftlicher oder allgemein politischer Natur, im Augenblick solche Wahlen nicht wünscht.

Man muß um so mehr bedauern, daß das Landgericht diese Auffassung nicht in sein Urteil aufgenommen hat, weil

schon wieder ein Termin für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen bevorsteht.

Die Verordnung, um die es sich handelt, ist noch nicht aufgehoben. Sie würde, wenn man dem Standpunkt des Landgerichts folgt, auch in diesem Jahre wieder eine Neuwahl verhindern. Noch einmal würden also in Deutschland Wahlen stattfinden, obwohl dort ein verfassungsmäßiges Recht auf solche Wahlen nicht gegeben ist. In Danzig aber würden wiederum für ein volles Jahr die im Jahre 1933 unter so merkwürdigen Umständen gewählten NSD-Beute und die vom Senat oder vom Treuhänder der Arbeit eingesetzten Kommissare oder sonstwie zustande gekommenen Vertretungen weiter amtieren. Das scheint uns ein so unerträgliches Zustand zu sein, daß alsbald Klarheit geschaffen werden muß.

Der Beantragte der Eisenbahnverwaltung

brachte nach diesen Erklärungen der Gewerkschaftsvertreter zum Ausdruck, daß das Danziger Büro dann auf die Entlassungen zurückgreifen müsse. Eine entsprechende Frage beantwortete er dahin, daß die Zahl der zur Entlassung kommenden Lohnempfänger noch nicht genau feststehe. Er könne aber die Zusicherung abgeben, daß die jetzt zur Entlassung kommenden Bediensteten zum 1. April d. J. wieder zur Einstellung kommen.

Mit der Entgegennahme dieser Erklärung war die geistige Verhandlung beendet.

Wie aus dem Inzeratenteil unserer heutigen Ausgabe hervorgeht, veranstaltet der Verband Danziger Eisenbahn- und Bahnaufsichtsbekleideter am Sonntagvormittag eine große Mitgliederversammlung.

Es wäre außerordentlich zu bedauern, wenn die Eisenbahnverwaltung wirklich die angeführten Entlassungen vornehmen würde. Unseres Erachtens müssen sich Auswege aus der Situation finden lassen. Es kann den Eisenbahnarbeitern ihre ablehnende Haltung wegen der Übernahme noch weiterer Feiertage nicht verübelt werden, zumal die Eisenbahner die seit vier Jahren verkürzte Arbeitszeit ausdrücklich nur übernommen haben, nachdem eine Aufseherung der Verwaltung vorlag, wonach Entlassungen dadurch vermieden werden sollten. Im übrigen wäre zu wünschen, daß der Senat der Entwicklung der Dinge bei der Eisenbahn keine Aufmerksamkeit zuwendet.

Der Sonderzug nach dem Turmberg. Das Danziger Büro der Polnischen Staatsbahnen schreibt uns: Nach Rückfrage in Turmberg sind die dortigen Schneeverhältnisse gut. Der Sonderzug verkehrt morgen, Sonntag, den 2. März, ab Danzig 7.36 Uhr, an Turmberg 9.23 Uhr; zurück ab Turmberg 17.30 Uhr, an Danzig 18.37 Uhr. Der Zug hält in Zanafahr.

Die Schwierigkeiten der Danziger Wirtschaft

Die Lage in den einzelnen Wirtschaftszweigen / Die Berichte der Handelskammer

In der Wiedergabe der Uebersicht über die Danziger Wirtschaftslage in den einzelnen Wirtschaftszweigen, die wir gestern begonnen haben, fahren wir in der heutigen Ausgabe fort. In den Berichten heißt es weiter:

Leberwirtschaft

Die Lage des Danziger Oute- und Feilhandels hat im Jahre 1935 gegenüber dem Vorjahre geringe, die Konjunktur recht uneinheitlich. Bei der sehr gedrückten Verdienstsituation ist die Lage des Händlers und Feilhandels wenig befriedigend zu nennen. Für den Leberhandel hat das Jahr 1935 einen erheblichen Rückgang gebracht. Das Ausbleiben der Beförderungsbefugnisse bewirkte einen erheblichen Beschäftigungsrückgang für das verarbeitende Gewerbe, hinzu kam der Umlaufrückgang infolge des Sinkens der Kaufkraft weiterer Bevölkerungsschichten. Erwähnenswert für den Leberhandel wirkte sich der Mangel an Betriebsstoffen aus, zumal der Hauptabnehmer, das Schuhmachergewerbe, weitgehend auf Kreditbezug angewiesen ist, während der polnische Fabrikant Barzahlung fordert. Für die Danziger Treibriemenindustrie haben sich die Hoffnungen auf eine Besserung der Lage im Jahre 1935 nicht erfüllt. Zwar war diese Industrie zunächst etwas besser beschäftigt, jedoch trat nach der Guldenumwertung eine völlige Stagnation der Umsätze ein. Nach erheblichen Vorratskäufen der Verbraucher zeigte sich in heutigem Maße der Einfluss der Kaufkraftminderung, der noch durch die Schwierigkeiten bei der Einfuhr der Rohmaterialien verstärkt wurde. Die Hoffnungen, die auf den deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrag gesetzt worden sind, sind bisher nicht erfüllt worden. Zur Zeit ist die Beschäftigung in der Treibriemenindustrie sehr gering und die Aussichten für das nächste Jahr sind, soweit bisher übersehbar, nicht günstig.

Die Umsätze des Danziger Schuwarenhandels lagen in den ersten vier Monaten des Jahres 1935 auf der Höhe des Vorjahres. Nach der Guldenumwertung zeigte eine mäßige mengenmäßige Steigerung der Umsätze ein. Das Einwirken des Preisprüfungsamtes verhinderte den völligen Ausverkauf der vorhandenen Lager zu Verkaufspreisen. In der zweiten Jahreshälfte sind dann die Umsätze auch mengenmäßig hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben, da nunmehr die geschwächte Kaufkraft der Bevölkerung zur Auswirkung kam und ein großer Teil der Verbraucher sich bereits gleich nach der Guldenumwertung weit über den normalen Bedarf eingedeckt hatte. Die Auswirkung des neuen deutsch-polnischen Handelsvertrages lässt sich in ... noch nicht übersehen. Zunächst ist es nicht möglich, deutsche Ware hereinzubringen, da diese infolge des Reichsmarktarrestes von 2,12 Gulden und des hohen Zollfußes zu teuer ist.

Textilhandel und Konfektionsindustrie

Die Lage im Textilgroßhandel hat im Vergleich zum Vorjahr keine Verbesserung erfahren. Bereits zu Anfang 1935 hatte sich der Geschäftsaufschwung abgeflacht. Die auf die Frühjahr- und Sommerjahre gerichteten Hoffnungen wurden nicht erfüllt. Durch die Guldenumwertung erlitt auch der Textilwarenhandel Verluste, die nicht angehofft werden konnten. Dank der Loyalität des Preisprüfungsamtes konnte aber ein völliger Ausverkauf zu ruinösen Preisen noch ... verhindert werden. Die Auswirkung des deutsch-polnischen Handelsvertrages auf den Danziger Textilwarenhandel lässt sich noch nicht übersehen. Vorteile für den Danziger Platz haben sich daraus nicht ergeben. In der Konfektionsindustrie hat sich das Geschäft noch schwieriger als im Vorjahre gestaltet; die Umsätze sanken 3 Prozent unter die Rentabilitätsgrenze der Betriebe.

Im Textileinzelhandel war die Geschäftslage am Anfang des Jahres nicht günstig. Es machte sich eine langsame Stabilisierung bemerkbar, die aber durch die Guldenumwertung unterbrochen wurde. Der Ausverkauf zu alten Verkaufspreisen und die mit der Umwertung zusammenhängenden Devisen- und Kreditwierigkeiten wirkten sich ungünstig aus. Die in allen anderen Wirtschaftszweigen mochten sich auch im Textileinzelhandel die sinkende Konsumkraft der Bevölkerung, die Herabsetzung der Verdiensthöhe, die Abwanderung der Bevölkerung u. a. m. in einem weit und mengenmäßigen Umlaufrückgang bemerkbar. Besonders häufig geklagt wird die Lage für die Joppoter Geschäftslage infolge der Kaufkraftschwäche (Gödingen, Strümpfe, Socken und Unterwäsche) wurden nach der Guldenumwertung vom Publikum bereits reichlich gekauft, das noch für längere Zeit der Bedarf gedeckt ist. Der Absatz von Tempeln und Gardinen ist gering.

Tabakgewerbe

Bis zum 31. April 1935 ging der Verbrauch infolge der seit dem Vorjahre anhaltenden Abwanderung zu den niedrigeren Preisen bei einem mengenmäßigen, ungeachtet gleichbleibendem Absatz weiter zurück. Nach der Guldenumwertung zeigte zunächst eine Umlaufschwächung, jedoch dem Werte wie der Menge nach ein, die aber in der Hauptsache auf Versorgungsengpässen beruht. Die Tabakwaren-Einzelhandelsbetriebe klagen besonders über die ungenügende Verdienstsituation.

Getreidehandel

Im Jahre 1935 ist der Getreidehandel gegenüber dem Vorjahre nahezu unverändert geblieben.

Wollgroßhandel: Der Wollgroßhandel, der seit vielen Jahrzehnten ein wichtiger Danziger Handelszweig war, hat durch die im Jahre 1931 mit Polen abgeschlossenen Handelsabkommen und die daraufhin erlassenen Versorgungsbeschränkungen keine Selbstständigkeit mehr möglich gemacht. Die Einfuhr des polnischen Wollens, die früher nur durch den Wollgroßhandel erfolgte, war dem Handel, insofern Regenwasser in Frage kam, teilweise und für Seidenwolle ganz entzogen.

Im Laufe des vergangenen Jahres klagte der Wollgroßhandel über ungenügende Verdienstsituationen. In der letzten Wirtschaftsjahresperiode ist die Lage durch die Guldenumwertung und die auf der Konsumkraftschwäche beruhende Umlaufschwächung noch ungünstiger geworden. Auf der anderen Seite hat der Wollgroßhandel keinen Abnehmer, weshalb der Rückgang der Umsätze, ungeachtet der Menge, bemerkbar war, die nicht in dem erforderlichen Umfange zurückzuführen. Durch die verminderte Verdienstsituation sind im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen Groß- und Kleinhandel wiederum notleidend geworden. In der Wollgroßhandelsindustrie sind in vielen Fällen weitere Kredite bei Banken möglich. Ein Vergleich der Geschäftslage des Wollgroßhandels mit der gleichzeitigen verminderten Verdienstsituation zeigt, dass der Danziger Wollgroßhandel sich in einer wirtschaftlich ungünstigen Lage befindet.

Textilmaschinenhandel: Schon zu Beginn des Jahres konnte festgestellt werden, dass der Textilmaschinenhandel sich in einer wirtschaftlich schwierigen Lage befindet. Nach der Guldenumwertung trat eine weitere Verschlechterung ein. ...

mit den Maßnahmen des Versorgungsverbandes nicht immer zufrieden war und zeitweise über mangelndes Verständnis für die Belange des Handels klagte.

Landmaschinenhandel: Die Lage des Landmaschinenhandels ist weiterhin recht ungünstig, da infolge des Geldmangels der Landwirtschaft ausreichende Umsätze nicht zu erzielen sind. Durch die Finanzschiebung der Zahlungen der Danziger Treuhandgesellschaften durch die erneuerte Verlängerung des polnischen Notatoriums für die Landwirtschaftskreditbank sind die knappen Betriebsmittel des Danziger Landmaschinenhandels weiter erheblich geschmälert worden.

Geringsgroßhandel

Die Hoffnungen auf einen stärkeren Absatz von Salzheringen, die man in der verflochtenen Saison von 1934/35 gehabt hatte, ... gingen nicht in Erfüllung.

Kolonialwaren-Groß- und Einzelhandel

Das Jahr 1935 stellte den Kolonialwarengroßhandel vor größere Schwierigkeiten wie je zuvor. Durch die Guldenumwertung erwichen dem Handel sehr erhebliche Verluste. Substanzverlust und verringerte Kaufkraft der Bevölkerung bewirkten einen starken Rückgang des Warenumsatzes. Starke Anforderungen an den Kaufmann stellte auch die erforderliche Umstellung auf die Guldenbewirtschaftung. Das polnische Geschäft war keineswegs zufriedenstellend und wurde weiter dadurch erschwert, als im Juni des Jahres die polnische Regierung die Bezahlung in Slots statt wie bisher

Prozess gegen Kirchengemeinde Heubude

Ein unglücklicher Pfarrer

Der Prozess des Hausmeisters Schöndorf gegen die evang. Kirchengemeinde Heubude, über den wir vor einiger Zeit berichteten, nahm am Donnerstag vor dem Arbeitsgericht seinen Fortgang. Es handelt sich in diesem Prozess um die Kündigung des Hausmeisters, die, wie er behauptet, aus politischen Gründen erfolgte. Diese Gründe sind auch in dem Sitzungsprotokoll des Kirchenrates festgehalten worden. Hierbei ist zu erwähnen, dass der Beschluss zur Kündigung mit 3 zu 2 Stimmen des Kirchenrates gefasst wurde und der Vorsitzende dieses Rates, Pfarrer Schattat, sich gegen die Kündigung aussprach.

In der neuen Verhandlung wurde das Sitzungsprotokoll verlesen. Außerdem waren von Seiten des Beklagten Pfarrer Schattat, Kantant Lehrer Sowmodt und der Schriftführer Semran erschienen. Den Kläger vertrat Rechtsanwalt Dr. Kubm. Es waren dem Gericht zwei Schriftsätze überreicht worden, die sich inhaltlich widersprachen. In dem einen wird von der einen Gruppe des Kirchenrates dem Kläger bezeugt, dass er sich nie etwas hat zu Schulden kommen lassen. In dem zweiten Schriftsatz der anderen Gruppe des Kirchenrates wird das Gegenteil behauptet.

Nach dem Vorlesen des Sitzungsprotokolls hat der Lehrer Sowmodt geäußert, dass man, um nicht mit der Regierung in Konflikt zu kommen, der Partei nicht geachtete Zeugnisaussagen mache. Er behauptet diese Worte gebraucht zu haben, er hätte vielleicht etwas Ähnliches gesagt. Das Kirchenratsmitglied Semran, als der Schriftführer des Protokolls, behauptet dagegen, dass die Worte von dem Lehrer Sowmodt gefallen sind. Rechtsanwalt Dr. Kubm wies auf die Beweislast des Protokolls hin, dass, nachdem es vorgelesen und genehmigt wurde, von drei Kirchenratsmitgliedern unterschrieben worden ist. Von Pfarrer Schattat erfuhr man dann, dass er 14 Jahre mit dem Kläger zur völligen Zufriedenheit zusammengearbeitet habe. Der eigentliche Grund zur Kündigung sei, dass der Kläger mit dem Kantant Sowmodt, mit dem er monatlich nur einmal zur Abrechnung zusammen kam, einen Zusammenstoß wegen Erweiterung des Küllerrumpfes gehabt habe. Er, Pfarrer Schattat, könne die Kündigung mit seinem christlichen Gewissen nicht vereinbaren.

Der Vorsitzende, Richter Birt, verlas dann noch einmal die Sache im Vergleichsweg zu lesen. Die von Lehrer Sowmodt genannte Abgeltungssumme war jedoch so gering, dass ein Vergleich nicht zustande kam. Lehrer Sowmodt verteidigte sich in der Erwägung, dass eine eventuelle Verurteilung der Beklagten zu persönlichen Veränderungen innerhalb des Kirchenrates führen würde. Die Spannungen würden dann nicht aus der Welt geschafft sein. Rechtsanwalt Dr. Kubm beanstandete die Identität der Kirchenratsmitglieder mit der Gemeindegemeinschaft und beantragte den Befehl zum Amtsentzug und den Ruf zur Wahrheit der Kirchenratsmitglieder. Um die Spannungen dort zu beheben, schlug er dem Lehrer Sowmodt vor, dass jener aus dem Kirchenrat ausscheidet.

Es erfolgte dann die Antwort der Parteien. Pfarrer Schattat, dem als Vertreter des Kirchenrates der Klageschwärzungsvorwurf hinsichtlich unangenehm war, wurde auf Verlangen des Vorsitzenden besonders protokolliert, dass er diesen Antrag, um dem Richteramt des Kirchenrates fähig zu sein, die Verhandlung wurde jedoch vertagt. Es soll Beweis erbracht werden, erst dann eintägige Verhandlung der Kirchenratsmitglieder, über die Beweggründe zur Kündigung.

Unfall-Chemnitz

Sein Inveruntlässigen verunglückte die 48 Jahre alte Ehefrau Maria Gude, am 16. März d. d. Die Frau verlor das Gleichgewicht und stürzte etwa 12 Zentimeter herunter. Mit inneren Verletzungen und einer tiefen Schnittverletzung wurde sie in benachbartem Zustande vom Unfallwagen ins Krankenhaus gebracht.

Infolge Gehbehinderung kam der hiesige Arbeiter Felix Brühlke in der Leipziger Straße zu unglücklich zu Fall, dass er mit einem Spaltmaschinen zum Arzt gebracht werden musste.

Die 7 Jahre alte Ingeborg Bartel wurde am Freitag, gegen 9 Uhr, auf dem Weg von einem Auto angefahren und gegen die Verhinderungsmaße geschoben. Mit einer Gehirnerschütterung und Fleischverletzungen wurde der Kleine zum Arzt gebracht.

Der 41 Jahre alte Hauswart Josef Bunde aus Dippold wurde am Freitag, gegen 10 Uhr, in Dippold in Höhe des Grundstücks Holz-Quell-Strasse 64 von einem Unbekannten angefahren und zu Boden geschoben. Der Verletzte wurde in benachbartem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Hier sollte man einem Spaltmaschinen, Kopfverletzungen und Inveruntlässigungen sein.

in Gulden verlangte. Da zunächst eine Einigung zwischen den beiden Regierungen nicht zustande kam, sperrte die Republik Polen ihre Grenzen für Danziger Waren und ließ nur solche Waren herein, die nachweislich bis zum 21. 7. 35 verzollt waren. Hier auch die Waren wurden wiederholt von Polen vorübergehend beschlagnahmt. Infolgedessen geriet der Absatz nach Polen vollständig ins Stocken. Die wachsende Konkurrenz des Nachbarlandes Gödingen machte sich sowohl auf dem polnischen als auf dem deutschen Binnenmarkt immer stärker bemerkbar. Im Pilsener- und Südrückhandelsgebiet bedingt Gödingen eine Monopolstellung. Bei der sich ständig schwieriger gestaltenden Geschäftslage brüht die Höhe der öffentlichen Ausgaben um so schwerer auf die Rentabilität der einzelnen Unternehmungen. Im Kolonialwaren- und Feintextileinzelhandel wurde die leichte Geschäftsführung, die am Anfang des Jahres festgesetzt werden konnte, durch die Guldenumwertung unterbrochen. Die Verhältnisse gleichen hier im allgemeinen denen im Großhandel. Die vorhandenen Lagerbestände waren nach der Guldenumwertung bald völlig ausverkauft. Da der Verkauf annähernd zum alten Preis erfolgen musste, konnten die Lager nicht mehr im alten Umfang und in ausreichender Sortierung aufgefüllt werden, zumal Großhandel und Banken bei der Kreditgewährung eine gewisse Zurückhaltung übten. Die von der Preisprüfungsstelle vorgekommene allgemeine Herabsetzung der Verdiensthöhe insbesondere bei den Konsumartikeln gefährdete die Rentabilität der einzelnen Unternehmungen. Ein Ausgleich bei den sogenannten Feintextilartikeln mit normaler Handelsspanne konnte nicht erzielt werden, da die Verbraucher infolge ihrer gesunkenen Kaufkraft sich überwiegend auf den Einkauf der billigen Konsumartikel beschränkten. So musste der Einzelhandel am Ende des Jahres gegenüber dem Vorjahre einen erheblichen mehr- und mengenmäßigen Umlaufrückgang feststellen.

Wir setzen in den nächsten Nummer die Veröffentlichung der Berichte über die Lage der einzelnen Wirtschaftszweige fort.

Ranichen und Tauben gestohlen

Die Stalleinbrüche auf Auepab

In einer Verhandlung vor dem Schöffengericht wurden der 23jährige Henno Schneider, der 23jährige Herbert Kroschowski und der 21jährige Walter Januschewski aus der Unterjochstraße vorgeführt. Außer ihnen nimmt noch der 23jährige Bruno Ahmann, der sich auf freiem Fuß befindet, in der Anklagebank Platz. Während Schneider und Ahmann unbeschuldig bzw. geringfügig vorbestraft sind, haben Kroschowski und Januschewski ein ansehnliches Vorstrafenregister. Sie befinden sich auch beide im Strafverfahren wegen Diebstahls. Die Anklage legt den Angeklagten schwere Einbruchsdiebstähle bzw. Hehlerei zur Last.

In der Nacht zum 8. Januar haben Schneider und Kroschowski nämlich aus einem Stall auf Auepab vier Chinchilla-Nachschlanen gestohlen. Die Angeklagten, die erwerbslos sind, und aus Not gehandelt haben wollen, haben die Ranichen geschlachtet und aufgefressen. Die wertvollen Chinchillafelle wurden in die Wolltun geworfen. In der Nacht zum 10. Januar erbrachen Schneider und Kroschowski einen Stall in Althof und nahen hier neun Tauben. Während vier davon am nächsten Tage verzehrt wurden, sind die restlichen fünf noch vorgefunden und dem rechtmäßigen Eigentümer wieder zugeführt worden. Zwei Tage später, in der Nacht zum 12. Januar, erbrach man den Stall eines Nachbaralters auf Auepab. Hier hieß man zwei vollständige Fiedelackirte mitgehen. Nachdem man diese nach Hause gebracht hatte, ging man noch einmal zum Talort zurück, erbrach einen Nachbarstall und nahm noch zwei Ranichen mit. Auch diese sind verzehrt worden. Ein weiterer Versuch, noch einen anderen Stall zu erbrechen, gelang ihnen nicht.

Die Angeklagten waren gehend, Amtsgerichtsrat Praeger als Vorsitzender des Schöffengerichts verurteilte Schneider zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr, den rüchfalligen Kroschowski wegen schwerer Einbruchsdiebstahls in vier Fällen zu zwei Jahren Gefängnis, den gleichfalls im Rückfall befindlichen Januschewski wegen schweren Diebstahls in einem Falle und Hehlerei zu einem Jahr und zwei Wochen Gefängnis und den dabei unbeschuldeten Ahmann antragsgemäß zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis. Das Urteil wurde gegen sämtliche Angeklagten rechtskräftig.

Der Schiffsverkehr im Danziger Hafen

Eingang: Am 2. Februar: Dan. D. „Slesmer“ (776) von Auepab; Güter. Reinhold, Freiberg; dt. P. „Uranus“ (708) von Gödingen. General, Rother u. Kiliaczek, Rotes Berg; dt. P. „Slesmer“ (780) von Rotterdam. Leer. Bergstein, Gafentanal; dt. P. „Slesmer“ (781) von Wrocław mit Gütern. Bergstein, Altes Reichelshafen; dt. P. „Slesmer“ (782) von Siedlitz mit Holz, Krefz und Co. Marineoffizierlager; dt. P. „Slesmer“ (783) von Königsberg. Leer. Artus, Marineoffizierlager; dt. P. „Slesmer“ (784) von Aarhus mit Gütern. Reinhold, Altes Reichelshafen; dt. P. „Slesmer“ (785) von Amsterdam mit Gütern. Reinhold, Bergstein; dt. P. „Slesmer“ (786) von Jaffa mit Gütern. Reinhold u. Kiliaczek, Gafentanal; dt. P. „Slesmer“ (787) von Hamburg. Leer. Bergstein, Gafentanal; dt. P. „Slesmer“ (788) von Siedlitz. Leer. Bergstein, Gafentanal; dt. P. „Slesmer“ (789) von Slesmer. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (790) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (791) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (792) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (793) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (794) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (795) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (796) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (797) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (798) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (799) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (800) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (801) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (802) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (803) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (804) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (805) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (806) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (807) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (808) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (809) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (810) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (811) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (812) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (813) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (814) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (815) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (816) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (817) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (818) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (819) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (820) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (821) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (822) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (823) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (824) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (825) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (826) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (827) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (828) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (829) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (830) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (831) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (832) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (833) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (834) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (835) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (836) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (837) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (838) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (839) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (840) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (841) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (842) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (843) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (844) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (845) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (846) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (847) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (848) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (849) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (850) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (851) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (852) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (853) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (854) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (855) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (856) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (857) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (858) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (859) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (860) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (861) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (862) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (863) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (864) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (865) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (866) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (867) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (868) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (869) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (870) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (871) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (872) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (873) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (874) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (875) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (876) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (877) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (878) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (879) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (880) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (881) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (882) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (883) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (884) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (885) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (886) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (887) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (888) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (889) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (890) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (891) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (892) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (893) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (894) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (895) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (896) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (897) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (898) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (899) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (900) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (901) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (902) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (903) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (904) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (905) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (906) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (907) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (908) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (909) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (910) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (911) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (912) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (913) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (914) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (915) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (916) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (917) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (918) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (919) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (920) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (921) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (922) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (923) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (924) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (925) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (926) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (927) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (928) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (929) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (930) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (931) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (932) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (933) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (934) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (935) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (936) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (937) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (938) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (939) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (940) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (941) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (942) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (943) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (944) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (945) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (946) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (947) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (948) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (949) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (950) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (951) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (952) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (953) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (954) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (955) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (956) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (957) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (958) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (959) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (960) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (961) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (962) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (963) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (964) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (965) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (966) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (967) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (968) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (969) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (970) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (971) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (972) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (973) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (974) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (975) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (976) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (977) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (978) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (979) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (980) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (981) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (982) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (983) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (984) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (985) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (986) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (987) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (988) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (989) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (990) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (991) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (992) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (993) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (994) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (995) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (996) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (997) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (998) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (999) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1000) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1001) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1002) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1003) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1004) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1005) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1006) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1007) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1008) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1009) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1010) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1011) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1012) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1013) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1014) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1015) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1016) von Göttingen. Leer. Altona, Kaiserhafen; dt. P. „Slesmer“ (1017) von Göttingen.

Der „Schwarze Drache“ macht Politik

Die Hintergründe des Militärputsches in Japan

Das blutige Drama, das sich in Tokio abgepielt hat, der Putsch einer Militärclique, der es gelungen ist, den Ministerpräsidenten und zwei andere Mitglieder des Kabinetts zu ermorden, konnte den nicht überraschen, der die letzte Entwicklung in Japan genauer beobachtet hat.

Am Tage nach den Wahlen, die neun Tage vor dem Putsch stattfanden, ätzte die russische Presse triumphierend einen Kurssatz der japanischen Arbeiterzeitung „Miako“, die aus der Tatsache, daß die Linkspartei ihre Stimmen vervielfacht und von 100 000 auf 629 000 gebracht hat, folgenden Schluß zog: „Die Tatsache, daß wir bei den Wahlen einen ungeheuren Erfolg errungen haben, muß die Vereiztheit der Militäreliten zum Paroxysmus steigern. Es ist für uns kein Zweifel, daß sie sehr bald von Worten zu Taten übergehen werden und mit Gewalt den Versuch machen werden, das halb-konstitutionelle Regime durch eine offene faschistische Diktatur zu ersetzen.“

Acht Tage später ist diese Prophezeiung Wahrheit geworden. Aber der Grund für den Putsch ist nicht allein der Wahlerfolg der Arbeiterpartei. Dieser ist übrigens nur relativ, weil die Partei auch jetzt nur kaum drei Dutzend Mandate unter rund 500 hat. Der wahre Grund ist vielmehr die Niederlage der großen reaktionären Seiyukai-Partei.

Seit 1932 wurde Japan von einem außerparlamentarischen Kabinett regiert, dessen Vorsitz zuerst Graf Saito und dann der jetzt ermordete Admiral Oda innehatte. Die liberale Minderheit des Parlaments (die Minseitō-Partei) hatte die Regierung unterstützt, während die Rechtsmehrheit (Seiyukai) ihr immer wieder das Vertrauen verweigerte. Die Wahlen sollten gerade diesem parlamentarisch unhaltbaren Zustand ein Ende machen. Und in der Tat sind nach den Wahlen die Mehrheitsverhältnisse vollkommen verändert: die Minseitō-Partei gewann 87 Sitze, während Seiyukai 83 Sitze verlor, so daß die Liberalen nunmehr die Mehrheit haben.

Unter diesen Umständen war damit zu rechnen, daß die Regierung, nunmehr auf eine parlamentarische Mehrheit gestützt, sich von der Vormundschaft des Militärs sehr bald zu befreien suchen würde. Ihr bedeutendster Kopf, der ebenfalls bei dem Putsch ermordete Finanzminister Takahashi, dessen energische Verteidigung des Yen bekannt ist, hatte bereits erklärt, daß er sich jeder Erhöhung der Militärkredite widersetzen würde. Diese Erklärung war der Funke, der das Pulverfaß zum explodieren brachte.

Seit Jahren warf das ultra-nationalistisch gesinnte Militär der Regierung Unentschlossenheit und Wankelmüt gegenüber der „russischen Gefahr“ und dem „chinesischen Chaos“ vor. Das Militär hätte schon am liebsten im Jahre 1934 den Krieg gegen Rußland begonnen. Seitdem stellen diese Kreise mit wachsendem Unwillen das Schwanken des japanischen Einfusses in Mandchukuo fest. Eine Reihe von Tatsachen beweist, daß Mandchukuo sich tatsächlich verelbständigt. Noch mehr beklagt das Militär, daß die Eroberung der chinesischen Nordprovinzen nicht vollständig durchgeführt wurde. Und endlich waren diese Kreise aufgebracht über die Annäherung der Regierung an den Kuomintang. Das Militär ist der Meinung, daß vor zwei Jahren der Sieg Japans auf dem asiatischen Kontinent sicher gewesen ist. Seit damals hat sich die militärische Macht Rußlands immer hemmender spürbar gemacht. Man verlangte daher, daß die Männer, die diese Entwicklung zugelassen hätten, ja, die, wie Takahashi, durch die Verweigerung weiterer Militärkredite die Lage nur noch verschlimmern würden, verschwinden.

Wer aber waren die Männer, die jetzt zum Putsch geschritten sind? Man darf nicht wahllos vom „japanischen Militär“ sprechen. Wie es scheint, ist die Armee in das Abenteuer durch eine relativ kleine Gruppe ultra-nationalistisch junger Offiziere hineingezogen worden. Diese gehören keiner politischen Partei an. Sie bilden dagegen Geheimbünde, deren Tätigkeit zum Teil beruht auf der Vorarbeiten Monaten wurde allgemein in der europäischen Presse von dem Geheimbund des „Schwarzen Drachens“ berichtet. Daß man alles Reportagehafte und Romantische beiseite, so bleibt ein Bund zu allem entschlossener Männer, sowohl von Militärs wie von Zivilisten, die mit den Mitteln des Terror in jeder Form arbeiten. Es gibt übrigens eine ganze Reihe solcher Geheimbünde — englische Reporter zählen 17 unter den seltsamsten Namen — die zum Teil reine Verschwörungen von Offizieren sind.

Die entscheidende Rolle bei diesem Putsch scheint der „Schwarze Drache“ gespielt zu haben. Denn die ersten Verdächtigungen nannten als Führer des Aufstandes niemand anderen als den Kapitän Monaka, der als Vorsitzender dieses Geheimbundes bekannt geworden ist. Monaka ist ein tollkühner Mann, ein ausgezeichnete Offizier, hat eine europäische Bildung und ist vor kurzem öffentlich mit rein nationalsozialistischen Ideen hervorgetreten. Er personifiziert am klarsten den Typus der jungen Offiziere, die nicht nur Feinde der herrschenden Zivilgewalt, sondern auch die der alten Generation der Armee sind. Diese „Alten“ haben den russisch-japanischen Krieg 1904/05 gewonnen; aber ihre Ideen sind rein imperialistisch und chauvinistisch, ohne auf die sozialen Fragen, deren Lösung für das überbevölkerte Japan dringend ist, eingehen zu können. Zwischen den beiden Generationen hat es schon 1932 einen Zusammenstoß gegeben, der mit dem Mord an Demukai geendet hat. Monaka hat nur die Gelegenheit abgewartet, um mit den Seinen wieder loszuschlagen zu können.

Im Augenblick ist es verfrüht, die weitere Entwicklung der Lage voranzulassen. Es scheint sicher, daß der „Schwarze Drache“ zum Entschlußkammerkampf bereit ist. Der Mikado wird sich bei dem Widerstand gegen die Putschisten auf den Adel und auf die Alten der Armee sowie auf die konservative und liberale Partei stützen. Aber wird die Regierung, die einen sofortigen Offensivkrieg auf dem Kontinent wünscht, sich selbst mit einer Rechtsregierung begnügen? Werden nicht vielmehr die in den Geheimbünden zusammengefaßten außerparlamentarischen Kräfte selbst das Steuer an sich reißen wollen? Und wird ein solcher Versuch nicht notwendigerweise zu einem Kampf gegen die Arbeiterpartei führen?

Die Fragen bleiben offen. Der Kampf geht zwischen rechts und links, und trotz seiner militärischen Verbämung handelt es sich auch in Japan um einen sozialen Kampf.

Georges Martel (KAP)

Womit man einen Amtsträger befehligen kann. Das Amtsgericht Stadobendorf verhandelte gegen einen nicht-ärztlichen Angeklagten, der beschuldigt wurde, daß der öffentlichen verkehrsmittlerischen Beleidigung schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte hatte eine Gastwirtin, die ihn auf ihr Schloß Jaden und hier nicht erwünscht hingewiesen hatte, erklärt, solche Schläger seien ihm sonst nicht bekannt und er sei erst kürzlich in einer anderen Gastwirt-

Wenn Wäsche reden könnte...

dann würde sie sich wehren gegen billige, minderwertige Seifen, die das Gewebe vorzeitig verschleifen. Schicht Hirschseife würde sie verlangen, die das Gewebe schonend wäscht und eine Gewähr für gleichbleibende Güte gibt.

Darum nicht einfach Seife, sondern

SCHICHT HIRSCH SEIFE

... und zum Einweichen SCHICHTPULVER

chaft aufgenommen worden. In diesem Zusammenhang hatte der Angeklagte auch den Namen des Ortsgruppenleiters der NSDAP genannt. Der Staatsanwalt sah hierin den Versuch, die Autorität eines Amtsträgers der Partei zu untergraben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis.

Tagung der Völkerbundsliga

Die deutschen Rassenetze werden behandelt

In der gegenwärtig in Genf stattfindenden Tagung der Weltunion der Völkerbundsliga in Genf nehmen Vertreter von 32 Staaten teil.

In einer Sitzung wurde das Minoritätenproblem und die Frage der deutschen Juden erörtert. Für beide Fragen ist die holländische Botschafterin van Vosse zur Berichterstatterin bestellt worden. Der holländische Bericht über Deutschland fordert in elf Punkten

eine energische Aktion Genfs

gegen die deutschen Rassenetze.

Unter Punkt 3 heißt es: „Wir fordern die energischste Völkerbundsaktion gegen diese Gesetze, und gegen die ganze von Deutschland befolgte Rassenpolitik. Die Gesetze der Kultur bilden die Basis des Völkerbundes. Ihre Verletzung bedeutet eine Gefährdung des ganzen Völkerbundsbaus.“

Unter Punkt 6 heißt es: „Die vom Deutschen Reich ergriffene Maßnahmen bedeuten die Unmöglichkeit internationaler Zusammenarbeit.“ Der mehrere Seiten umfassende Vorschlag unterzeichnet alle vom hohen Kommissar MacDonald in seinem bekannten Rücktrittsschreiben angeführten Beschwerden gegen Deutschland und betont besonders, daß die Judenetze geeignet sind, die Beziehungen Deutschlands mit allen anderen Staaten zu stören. Es wird angeführt, daß drei Punkte das Problem zu einem allgemeinen Völkerbundsproblem machen:

1. Die Ehegesetze. Sie bedeuten einen starken Eingriff in das internationale Recht.
 2. Die Judenetze, die nicht nur zu einer Emigration führen, sondern den Emigranten auch sein Hab und Gut entziehen.
 3. Die internen deutschen Gesetze, die die Juden isolieren. Es werde unmöglich sein, jemals deutsche Kolonialwünsche zu erfüllen, wenn Deutschland gegen eigene Staatsbürger Ausnahmengesetze erlasse.
- Zum Schluß verweisen die holländischen Ausführungen darauf, daß

Die deutsche Judenfrage auch vom Standpunkt des Minoritätenrechtes

zu dem dringenden Aufgabekreis des Völkerbundes gehört. Der Antrag geht dahin, die nächste Vollversammlung des Völkerbundes möge die Judenfrage in Deutschland als solche und die Frage einer wirksamen Hilfe für die aus Deutschland schuldlos Vertriebenen im besonderen auf die Tagesordnung setzen.

Eine Entscheidung über den Entwurf wird erst Sonntag mittag gefaßt. Die deutschen Vertreter haben sich zu Beginn der Debatte entzogen. Schon daraus sieht man in der Union, daß die Resolution mit großer Mehrheit akzeptiert werden wird.

Strafverbahnung des deutschen Arbeitsdienstes

Arrest bis zu 240 Tagen möglich

Das Reichsministerium des Innern hat auf Grund des Reichsarbeitsdienstgesetzes unter dem 8. Februar eine neue Dienst-Strafverbahnung für die Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes erlassen, die ab 1. März in Kraft tritt.

Der Strafverbahnung unterworfen sind alle Angehörigen des Arbeitsdienstes. Strafbar sind Verstöße gegen die Ehre der Gemeinschaft und das öffentliche Ansehen des Arbeitsdienstes oder gegen die Kameradschaft im Arbeitsdienst, Verstöße gegen Zucht und Ordnung im Arbeitsdienst. Die Dienststrafen sind gegliedert in: kleinere Dienststrafen (ausfälliger Innendienst bei Nachlässigkeit, einfacher Verweis) und förmliche Dienststrafen. Sie reichen von ähren Verweis, Lager- oder Stubenarrest (bis zu vier Wochen), Verhärstesten Arrest (bis zu zehn Tagen), Zellenarrest von einem bis zu 240 Tagen, Gefängniszelle zulässig, so daß also Dienstpflichtiger seine ganze Arbeitsdienstzeit im Hunger verbringen kann, bis zur Überkennung unterer Dienstgrade, der Zurücksetzung in der Beförderung, der Entfemung oder Ausstoßung aus dem Reichsarbeitsdienst. Die Überkennung des Dienstgrades kann als Zusatzstrafe verhängt werden. Die Dienststrafverbahnung betont, daß dem Beschuldigten die Möglichkeit gegeben werden muß, sich zu rechtfertigen. Die Strafe darf erst am nächsten Tage ausgesprochen werden, nachdem der Strafverordnungsgeber von der Tat Kenntnis erhielt. Die förmlichen Dienststrafen werden in das Strafmaß eingetragen.

Der „Mischling“ führte die NS.

Aber nachher sollte er seine Arbeitsstelle verlieren

Das Frankfurter Arbeitsgericht hat in einem Urteil der Kündigungswiderklage eines Angestellten stattgegeben, der von einer Bank im rhein-mainischen Wirtschaftsbezirk wegen seiner Abstammung — er ist Mischling zweiten Grades (Vierteljude) — entlassen worden war. Der Angestellte hatte in seiner Klage die Kündigung als unbillige Härte bezeichnet, da er der einzige Ernährer seiner verwitweten Mutter sei. Bei der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht machte sein Vertreter geltend, daß sich der Kläger schon seit 1929 in der Jugendorganisation der NSDAP betätigt habe und zuletzt Führer der Hitlerjugend in der betreffenden Stadt gewesen sei. Bei seinem Uebertritt in die Partei habe sich aber ergeben, daß seine Großmutter mütterlicherseits eine Jüdin gewesen sei, und er habe daher als Parteimitglied nicht aufgenommen werden können. Daraus dürfe aber nicht der Schluß gezogen werden, daß er als Nichtarier aus seiner Stellung ausscheiden müsse, da er bei seinen Arbeitskameraden beliebt gewesen sei und auch der Personalführer gegen sein Verbleiben keine Einwendungen erhoben habe. Erhöht sei ihm von der Zentrale der Bank gekündigt worden. Die beklagte Bank betonte, sie sei eine Beamtenbank. Da ausschließlich Beamten zu ihren Kunden gehörten, müsse sie auf deren Empfinden Rücksicht nehmen und an ihre Angestellten die gleichen Anforderungen stellen, wie sie für die Beamten gelten.

Das Arbeitsgericht gab in seinem Urteil dem Klageantrag statt und verurteilte die Bank zur Weiterbeschäftigung des Klägers oder zur Zahlung einer Abfindungsschuldung von 800 Mark. In der Begründung erklärte es u. a., wenn die Bank an ihre Angestellten dieselben strengen Anforderungen stelle, die an ihre Kunden gestellt würden, so wäre es ihre Pflicht gewesen, sich vor der Einstellung des Klägers nach seiner Abstammung zu erkundigen.

Generalkaatsanwalt Thomas-Berlin verhaftet

Er soll die Flucht eines verhafteten Assessors begünstigt haben

Nach dem Eintragsunglück in der Hermann-Göring-Strasse, dem 19. Menschen zum Opfer fielen, legte eine sachmännliche Untersuchung über die Ursache der Katastrophe ein. Sie förderte gegenüber verschiedenen Personen, die leidend am Bau mitwirkten, belastendes Material über Fahrlässigkeit zutage. Die Schuldigen wurden in eine Strafuntersuchung verwickelt. Mit der Sachbearbeitung war der Staatsanwaltschafts-Assessor Niehl beauftragt. Vor einigen Tagen erschien die Geheime Staatspolizei in Moabit mit der Abficht, den Assessor wegen Vergehens gegen § 173 (Homosexualität) zu verhaften. Generalkaatsanwalt Thomas widersetzte sich der Verhaftung, ebenso sein Stellvertreter, Oberkaatsanwalt Reimar. Niehl hatte inzwischen auf irgend eine Weise von der Sache Wind bekommen. Er begann sich nicht lange und flüchtete. Vorläufig kennt man seinen Aufenthaltsort nicht. Thomas und Reimar sind nunmehr nach einer Notiz im Amtsblatt der deutschen Justiz ihrer Ämter entsetzt worden. Darüber hinaus nahm, wie bestimmt veröffentlicht wird, die Geheime Staatspolizei den Generalkaatsanwalt in Haft. Ob man ihnen zur fahrlässigen Fluchtbegünstigung vorwirft oder ob sie verdächtigt werden, dem Assessor zur Flucht geraten und sie unterstützt zu haben, ist nicht festzustellen. Thomas und Reimar hatten sich Niehls Verhaftung mit dem Hinweis auf die Eintragsuntersuchung widersetzt. Sie erklärten, die komplizierte Angelegenheit könne nicht einem neuen Sachbearbeiter übertragen werden.

Aus dem Dritten Reich

Bei der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wird von den Bewerbern eine Erklärung über die Abstammung verlangt. Die Erklärung erstreckt sich nach dem Formular auch darauf, daß keiner der Vorfahren des Bewerbers oder seine Ehefrau bis zurück zum 1. Januar 1800 jüdischen oder farbigen Blutes war oder zu irgendeiner Zeit der jüdischen Religion angehört hat.

Im deutschen Grenzzolldienst sind nach einem Bericht der „Schlesischen Tageszeitung“ bisher im ganzen 635 E.-Männer als „Giga“ (Hilfsangehörige) eingestellt worden. Auch der Uebertritt in das Beamtenverhältnis soll den „Giga“-Angehörigen nach dem Reichs einer Zollschule möglich sein.

Der Reichsfinanzminister hat zur Vermeidung irrtiger Signalabfassung im Eisenbahnverkehr angeordnet, daß die im Eisenbahndienst tätigen Amtsträger der Reichsfinanzverwaltung in Uniform entlassend der von der Reichsbahn für ihre Bediensteten getrossenen Regelung im Bereich der Gleisanlagen, auf Fahrzeugen, die sich auf solchen Anlagen bewegen oder dort halten, und auf Bahnräumen abweichend von den bisherigen Bestimmungen nicht mit dem „Deutschen Gruß“, sondern in militärischer Form zu grüßen haben.

Unterhaltung // Beilage der Danziger Volksstimme

Kampf im Urwald / Von Charles G. D. Roberts

Tief ins Herz des nördlichen Urwalds, wo die dunkelgrünen dichten Reihen der Föhren, Kiefern und Eichen sich über den Wald erheben, und die Sommerhölzer ihre glühenden Pfeile gespannt und die Sommerhölzer ihre glühenden Pfeile gespannt und die Sommerhölzer ihre glühenden Pfeile gespannt...

Sie schickte sich in die Lüste zu schwingen — aber die Hände Mustela hielten ihn fest. Er schlug, in wilder Hast, die freie Klaue mit aller Kraft gegen den Stamm. Aber Mustela hatte sein ganzes Gewicht nach hinten geworfen und hing mit allen vier Füßen sicher verankert wie ein schwerer Sack im Gegengewicht, jede Sehnenstränge gespannt...

Dröhnen des Schusses seine Beute erschreckt fahren gelassen zu haben, denn der große Vogel fiel langsam sich überlagend, mit dumpfem Aufschlag zu Boden — in den Klauen zuckte der Todessehner. Der Holzfäller sah auf und erblickte das hübsch fauchende kleine gelbe Gesicht Mustela's, der es sich in seiner unerfülllichen Neugierde nicht verlagern konnte, aus dem sicheren Loch zu spähen.

Eingerahmt von dem Dunkel des runden Astloches, spähte ein kleiner dreieckiger Kopf mit langen spitzen Ohren und röhren, hängellos wilden Blickern gespannt in die Welt hinein. Nichts konnte seinem Blick entgehen, weder auf dem schattigen Waldboden tief unter ihm, noch zwischen der Wirrwirre der Baumkrone oder gar in den sonnigen Wipfeln zu seinen Häupten.

Als Ted Howard wieder zu sich kam, sah er zuerst die sorgenvollen Augen seiner Mutter auf sich gerichtet und wunderte sich über die ungewöhnliche Blässe ihres Gesichtes. Er versuchte trampfhaft, sich an das, was vorgefallen war, zu erinnern, und plötzlich sah er sich wieder in der kleinen Hölle, die mit den Wellen kämpfte, sah sie umschlagen und fühlte wieder die feste Hand in seinem Nacken, die ihn gepackt hatte, als er wie ein Ertrinkender um sich schlug und schon so viel Wasser geschluckt hatte, daß er zu ersticken glaubte.

„Sieh da — ein Marder! Das hätte ich mir gleich denken können“, murmelte der Fortmann, „denn kein anderes Tier dieser Größe hätte den Mut gehabt, einen Fühnerhabsicht anzugreifen.“

Da plötzlich tauchte eine Gestalt auf, die auf ihn doch Eindruck machte. Seine dünnen Lippen runzelten sich tonlos über den langen schneeweißen, blasslich schwarzen Ganggähnen, und ein roter Schein von Haß glom in seinen hellen Augen. Doch nicht kleiner als sein Haß war seine Neugierde — die gefährliche Schwärze seines ganzen Stammes. Der spitze Kopf hob voll lebhaften Interesses aus seinem Loch heraus, um den Mann besser sehen zu können, der unter dem Baume stehen vorüberging. Ein Mensch war ein seltener Anblick in dieser unzulässlichen Verlassenheit der nördlichen Wildnis. Es war ein Fortmann oder Waldbäuer — so pflegt man die Leute zu nennen, die auf der Suche nach neuer, gewinnbringender Arbeit für die Holzfäller die Forste durchkreuzen.

„Weißt du, wer dir das Leben gerettet hat?“ fragte ihn seine Mutter zärtlich, als er, von einem heißen Wrog gestärkt, sich endlich wieder aufrichten konnte. „Nein“, sagte Ted. „Jetzt, als er darüber nachdachte, schien ihm der ganze Vorfall äußerst peinlich. Er konnte doch schwimmen — aber dieser plötzliche Sturm und die Wellen hatten ihm alle Bestimmung geraubt. Er hatte sich nicht gerade ausgezeichnet.“

„Was haben Sie denn heute?“ fragte sie mißbilligend. „Man muß sich beim Sport konzentrieren.“ — „Wo haben Sie Ihre Gedanken?“

Beschäfte mit Ehrlichkeit / Von J. Behrendt

Kolly Webb ist der ehrlichste Mann der Welt. Außerdem, Kolly Webb ist ein lebender Beweis für die Behauptung, die ich schon immer vertreten habe: auch heute noch, in unseren so beschriebenen Zeiten, kann man von der Ehrlichkeit leben. Beweis: Kolly Webb.

gegangen zu sein, die Betrachter hatten ihn aufgefangen und trugen ihn nun glückstrahlend zu Kolly Webb. Eine Schlange von Menschen zog sich vom Rathaus hin zum Hotel, um zehn Minuten lang, und jedes Glied der Schlange hatte 50 Dollar bei sich. Strahlend empfing Kolly den ersten, der ihm das verlorene Geld brachte: „Gut, Sie braver, Sie Ehrlicher, wie glücklich ich bin, Sie kennengelernt zu haben!“, und Kolly steckte die Note ein. Der Bringer wartete. „Nun, mein Lieber, wünschen Sie noch etwas von mir?“ — „Die Belohnung!“ — „Welche Belohnung? Davon stand doch nichts in der Zeitung!“ — „Nimmer treuer strahlen die blauen Kolly-Webb-Augen.“

„Nun?“ fragte sie lächelnd. „Man sagt, daß wir verlobt sind.“ Leslie erröte heftig und sah Ted fragend an. „Nawohl“, sagte er bitter, „es gibt Leute, die eine solche Aburdigkeit verbreiten. Sie wissen, Leslie, daß ich sehr viel Sympathie für Sie habe, und daß ich Ihnen zu größtem Dank verpflichtet bin — aber das genügt keineswegs, um einen Bund fürs Leben zu schließen. Dazu muß man ganz andere Gefühle empfinden als die der Dankbarkeit und Freundschaft — und diese Gefühle empfinden weder Sie für mich noch ich für Sie.“

Die goldenen Schlüssel

Roman von H. L. Rumpff

9. Fortsetzung

Während sie über den Hof gehen, nicht zum Haupteingang unter der Veranda des ersten Stockwerkes, dem eine Freitreppe mit breiten Schwellen vorgelagert ist, sondern zu einer fensterlosen Eisentür an dem niedrigen Ausbau des linken Flügels, meint Phil plötzlich hinter einem Fensterladen des ersten Stockes Schritte zu haben, plötzlich aufblühend, nicht blau, nein, weiß, wie Licht gewöhnlich ist, aber es war wohl bloß eine Täuschung, bei genauerem Hinsehen ist es dort genau so dunkel wie überall. Fritz läßt seine elektrische Taschenlampe aufklappen, die Helligkeit fällt über den gefirnisten Schneeboden des Hofes, Fritz bleibt jäh stehen, wie schlagengel, und starrt auf den Boden vor seinen Füßen — auch Phil starrt hin —

Sieht Fußspuren. noch ziemlich frisch, die zum Hause führen, in derselben Tür, auf die Fritz lossteuert. Phil weiß ja nicht, daß es hier keine Fußspuren zu geben hat, drum achtet er auch nicht auf die Erregung des Chauffeurs. Der richtet ein Moment überraschend die Lampe auf Phil Spoor's Gesicht — sollte da was geschildert werden? — Junge, du kennst Trittschritte! — Doch nein, da ist kein Anlaß zum Argwohn in diesem Gesicht, das mit keinem Härchen mehr an den früheren Bürokratien erinnert, das Kellner mit seinen unheimlichen chinesischen Hexenköpfen in das eines Anstatters verandelt hat, einwandfrei für jede gründliche Betrachtung. Fritz wendet die Lampe. Woher kommen die Spuren? — Sie kommen aus dem Park, sie laufen zum Hause hin, in dem harten Schnee des Hofes sind sie wohl frisch, doch nicht ganz deutlich. Da es nicht geistert hat heute Abend, könnten sie ja vom Nachmittag stammen, sie enden vor der fensterlosen Eisentür, die Fritz jetzt mit einem passenden Schlüssel geräuschlos öffnet. Sein Mund ist wütend verzogen; dem geht es nicht gut, der sich jetzt an Pierlamm's Chauffeur heranmachen wollte.

Fritz löst die Tür auf, leuchtet ins Haus, hält der Taschenlampe den Browning erhoben.

Nichts rührt sich, tiefe, lösende Stille! Fritz kennt sich aus in diesem Anwesen, ein Schritt, er hat sich abgedreht, sieht Phil Spoor hinein, der in der Mantelkappe den Hammerhaken umklammert hält, kommt rein, mein Junge, draußen ist es kalt; ja, Tür zu, dir kann nichts mehr passieren, keine Angst.

Phil Spoor betritt einen Flur in hellem Farben mit lichten Wänden, wenigen modernen Möbeln, handbedeckt. Türen aus geteilten Glasfenstern, aus Holz, links eine weißschattige Eiserne — es sieht aus hier wie im Korridor eines gutgeputzten Sanatoriums, beiläufig nicht möglich, im Hintergrund eine breite, weiße Treppe, oben von einer Art Kellin abgeschlossen, alles hell und freundlich, aber verstaubt und stumm.

Fritz, dessen Augen nach anderem spähen, entdeckt — Schneekrümel, von Schuhen abgeworfen, hart an der Eisentür liegend, nicht geschmolzen, denn hier drin ist es ja so ebenfall wie draußen.

Diese harmlosen Schneekrümelchen machen Pierlamm's Chauffeur zum rasenden Tier. Will man ihm da entgegenhalten? — Was ist nur, das kann Fritz schon nachsehen, ich will vertrauen — bejassen wird er rasier!

Daneben dem Park, der ihm im Grunde seines Herzens nachträglich leid tut, noch einmal anzusehen, reißt Fritz die Eisentür links auf, die weißschattige Eisentür, macht vom Flur aus Licht im Raum, „Moment“, flüstert er tonlos, „warte man den Augenblick hier drin, ich komme sofort wieder, muß bloß mal eben gehen...“

Phil, an so überraschende Gefahr nicht denkend, tritt ein — kleiner, hoher Mann, Stahlmüßel, Glasbrille, zerlumpte, überall Fingerringe, Gläser, Ketten, Instrumente, alles bid verstaubt, Fenster oder andere Türen nicht vorhanden — er wendet sich um; Fritz hat eine prall gefüllte Klappe, die Fritz tatsächlich erst jetzt bemerkt, obwohl Fritz sie von der Garage aus unter dem Arm getragen hat, auf einen Schimmel neben der Tür gelegt, er ist schon wieder im Flur, geschwind geht das „Moment“, flüstert er tonlos, „Moment“, junger Mann, ich komme sofort...“

Zu ist die Tür. Phil, auf solche hat nicht vorbereitet, steht mit letztem Blick, daß in der großen, hellgegrüneten Eisentür der immerzürigste Licht, dann wird das Licht von draußen ausgebreitet, Dunkelheit fällt jäh und erlösend über ihn, er steht, keine Hand sträuben sich — was, was ist denn nun los? — Fritz will ja mal bloß eben gehen — hier hat er einen Hammer in der Hand und in der anderen dieses mächtige Schlüsselchen, dieses gottverfluchte, das mich hierher brachte —

Alteines Geräusch von draußen, Fritz will mal eben nachsehen, kommt sofort wieder. Fritz hat mit schmerzlichen Aufschreien die Eisentür von außen zugebracht, so das wäre geistlich, der kommt nicht mehr raus. Er wendet sich mit dem Hammer die weißschattige Eisentür aus der Eisentür, sein Augen flackert, als gehörte er in das große Haus mit den hohen Wänden jenseits des Altes Türschlusses, sein Mund flüstert verzerrt — ja, der ist angekommen. Jetzt die andere, die den Schnee von ihrem Schmelzen gelassen haben; er verachtet sich, daß die Tür zum Hof verriegelt ist, eilt dann zur Treppe.

Hinter der Treppe jenseits ist ein kleiner, lechter, Wandständer unheimlich angeschaut. Rauchen hat ihn gut bestrichen, und Fritz flucht ihn. Seine Finger, in Handtüchern noch mit dem Leinwandständer — frange Handgeräusch kann sein, die sind ja jetzt so raffiniert, der Bruder — es ist ein kleiner Schlichter, Pruder, Hochachtung, Rudie, hebel.

Im Vorübergehen hat Fritz einen hebel Schimmel, der äußerlich recht, sterke Seite, nicht zu verwechseln, Schanz zu, Eiseinzel noch, irgendwas in die Erde geschert, das wäre das?

Seine letzten Schreden hat es gehandelt, selbsthaft einloch. Fritz wendet das Licht im Hofraum und bringt wie ein Fenster auf der Jagd die Treppe hinauf zu den oberen Kammern hinter dem Hof seiner Lampe zu.

Das die Stufen verlassen, ist es in dem fremden Hof vor dem Schneeboden des Hofes stehen, Phil, nach, jetzt muss jemand mit unheimlichem Tempo durch den Hof gehen, nicht er nicht hören können, gar nicht.

Plötzlich geräusch die letzte Stufe des ersten Stockes ein Schritt, geräusch unheimlich schnell vor seinen Füßen — ein Schlüssel!

plötzlich auf der anderen Seite der Galerie, die die ganze erste Etage ausfüllt, ein Geräusch, so, als ob jemand behutlos einen Türschlüssel herumzudrehen versucht, der nicht will.

Mit drei mächtigen Säulen ist Fritz am Hauptflügel, den er sofort wiederfindet, sein Gedächtnis ist großartig, was er einmal gesehen hat, behält er bis an sein Lebensende. Blendende Helligkeit prallt auf, die Galerie mit den prächtigen weißgoldenen, zwei Stöck hohen Barocksäulen und das ganze Treppenhaus bis hinunter mit Licht überflutend. Lieberall heitere Farben, große Spiegel, ein ritziger in tausend bunten Farben funkeln der Glasluster mitten über der breiten Treppe und der großen Tische des Erdgeschosses, auf deren rot-weißen Marmortischen kostbare Vasen stehen und in einer Ecke zusammengedrückt, Möbel unter handbedeckten Schabkissen.

Eine Tür der Galerie steht auf, die neulich bestimmt geschlossen war; aber nicht dorthin blickt Fritz, er hat eine andere aus dem Kammern, reich mit Gold verzierte Barocktür in der Mitte der anderen Seite, von dort her kam das Geräusch, das nicht fest. In lautlosen Säulen schneilt Fritz voran, drückt gegen die Tür, sie weicht sofort — er findet mit Hilfe der Leuchtlampe den Schlüssel, knipst — Licht muß sein, überall Licht, wer steht denn das hier hinter den fest verhängenen und verhängenen Fenstern dieses verdammten einladenden Hauses, mitten in der Nacht?

Er steht in einem Damentalon, von ziemlich unordentlich erfüllt, Schublade herausgerissen, Sachen über den Boden verstreut, alles unter fingerdicker Staubdecke, gebümmte Seidenstoffe an Säulen und Möbeln — eine, zwei weitere Türen — Fritz, vor vor den Augen, springt über das helle Oval des feinen Teppichs — das war der Augenblick, wo ihn der Nordsturm erreichte!

Aus der Tiefe des Seitenflügels dringt der Schrei, unheimlich berührt vor Trauen, durch Treppe, Flure und die Seite der Galerie entern, dennoch überlaut.

Fritz preßt die Zähne zusammen und die Augen, Verflucht, jetzt hatte er's geahnt — heiß auch es in ihm, treibt ihn zur Tür — „ich bin doch kein Schlächter!“ — wer hatte das diesem Hund, diesem Raubhund, gesagt — Herrgott Fritz, sind wir Menschen? — noch steht er zögernd, seine Augen werden glauk —

Nachdem aus dem Nebenraum dringt an sein Ohr. Der Chauffeur Fritz aus Pierlamm's Garage, ein netter Herr, Freund vieler Böden und mancher Gnädigen, Herrbrecher, ja, aber anständiger Junge im Grunde, jetzt beiseite vom Alkohol, vom Rauch einer sinnlosen Wut — und schon, unbekannt von der Nacht vor dem grenztlichen Erwachen — langsam drückt er die Tür zur Galerie ins Schloß, der Schrei, der nicht aufhören wollte, wird matter —

Fritz hat Blutgeschmack im Munde, sein Schmelz droht, als er sich zum Nebenzimmer wendet — das sollen sie ihm büßen, ihn so weit zu bringen, alle sollen es büßen! Nochmals lauscht er, als die Schreie aus der Tiefe von dampfenden Schlägen begleitet werden — aba, der Barock hatte was erwählt, eine: Stahl, aber keinen Schuß — wird nichts nützen, in schnell vorbei so was, schließlich, bis ich hinflüme, war's doch zu spät.

Fritz kürzt ins Nebenzimmer. Nicht zuerst. Kein Mensch. Hier steht es so ähnlich aus wie beim Buddha, tiefe geistige Ruhe sollen doch ihre Sachen zu Hause auslocken, was in Ruhe lassen. Erst nach gemachtem Spähen entdeckt er in dem jenseits hinter dem reich geschmückten Holz, das die Wände bedeckt, eine Tür.

Diese Tür ist verriegelt! Hinter ihr muß jemand verdeckt sein.

Fritz, trotz des Schmelzes in seinem Schmelz immer noch erreicht von erdrückten Schreien, von dampfenden, ohnmächtigen Schlägen, wirft sich mit aller Gewalt gegen die Tür, erfolglos, endlich etwas tun zu können, das andere Geräusch überlaut. Die Tür widersteht. Nochmals mit Anlauf — das ist

ne Buch, was? — Das Holz knackt, aber die Tür hält. Endlich blüht Fritz um sich. Eine Buddhafigur steht auf vergoldetem Podest, mit dem ewigen Lächeln, das alle Qualen, alle Freuden überbietet — die Finger kann ich irgendwie nicht leiden, immer grinsen sie über dich —

Fritz nimmt die schwere Figur, als nähme er ein kleines Kind auf den Arm. Schwer auf schwebenden Füßen tritt er zurück, breitbeinig, geduckt, nimmt Anlauf, schmettert den metallenen Gott mit fürchterlicher Gewalt gegen das Holz, dessen Laub einst die Tempel seiner Heimat bezauberte. Knackend birgt die Türfüllung, das Holz zerplittert wie Glas, dumpf, mit festem, welchem Klängen poltert der goldene Gott zu Boden — auf die Füße fällt er, sitzt da, aufrecht, im dunklen Nebenzimmer gerade noch vom mäßigen Licht des ihm geweihten Raumes bestrahlt, sitzt er da, grinst!

Mit blutunterlaufenen Augen glöht der Pierlamm'sche Chauffeur den grinsenden Gott an, in seinen Ohren drückt es, nicht bewußt wird ihm, daß die Schreie aus der Tiefe und die verzweifeltten Schläge verstimmt sind, er röhrt, rasend vor Wut, von Vorwitz und Bestimmung verlassen, er greift ein schweres Stück des abgeplitterten Türrahmens, geschlagen will er diese grinsende Bijsge, zerbrechen die toten, lebenden höherfüllen Augen — das ist der Feind!

O Mensch!

Fritz kürzt vor, erhält im selben Moment eine Kugel in den Schmelz. Kippt vornüber, noch von seinem eigenen Schmelz gerissen — fällt —

Gerade vor der goldenen Gottheit haut es ihn hin, aufs Gesicht, so, als sei ein Menschenopfer gebracht worden. Buddha lächelt.

Kleine Ausprüche

Buddha hat gelächelt, denkt Jno Beß, die Beschneidung ist weitergewandert. Das Glück, das sie beim Start begleitete, blieb ihr auch bei der Landung tren. Nach tabellosem, nicht vom geringsten Schneefall getriebenen Flug hatte sie Dessau in knapp hundert Minuten erreicht, von denen noch dreißig auf schlechte Orientierungsmöglichkeiten kamen. Sie landete ohne langes Zögern das weiße Haus inmitten der großen versteinerten Hügelkette des Parks, und sie entschlöß sich ebenso schnell, im Park selbst zu landen, ging runter, und da sie plötzlich ihr altes Glück wieder zu haben schien, gelang ihr ein glänzender Anflug. Etwa zweihundert Meter vor der Gartenseite des weißen Hauses blieb die Maschine stehen. Steifgefroren kletterte Jno aus der Gondel, in deren Ecke in einem Bündel von Pelzen und Decken der Malaie saß. Sie hatte gesehen, wie er unterwegs etwas von den Lebensmitteln zu sich nahm, die für Buddha's Reise bereit lagen, und ihm zugeflüstert, mäßig zu sein. Jetzt warf sie ihm Rauchmaterial zu und befahl ihm, in der Kabine zu bleiben. Nützen konnte er ihr sowieso nicht. Dann schlüpfte sie aus der schweren Montur wieder in Paulas dünnen Trotteurmantel und haßte zum Hause. Ihren aufmerksamen Blicken entgingen die Lichtschimmer nicht, die aus Spalten der Fensterläden im ersten Stock und in der Tiefe fielen, sie jagte heran, vier Stufen der Terrassentreppe auf einmal nehmend, was Haus herum setzte sie, sie hatte weder Schlüssel noch Werkzeuge, aber sie mußte ins Haus hinein, koste es, was es wolle. Die eiserne Hintertüre nahe dem Laboratorium war geschlossen, sie spähte durchs Schlüsselloch, Dunkel lag dahinter, sie kniffelte — Heiliger Gott, noch das nicht noch was? Sie kniffelte die läche Angst ab — nein, es konnte nicht sein, daß sie zu spät kam, erst halb elf war es, ihre Phantasie, täuschte sie, mußte sie täuschen, sie leuchtete den Flur vor der Türe ab, Fußspuren ganz frisch! Unmöglich zu bezweifeln, daß der Chauffeur mit seinem Opfer bereits im Hause weilte. Aber mehr noch entdeckte ihr geübtes Auge: Spuren von Frauenschuhen! War Juliette Requis gleichfalls zur Schlußabrechnung erschienen? Oh, gleich, gleich, Viechen, warte nur, bis ich ins Haus komme! Mit ihrer ganzen Energie zwang sie sich zur Türe. Der Chauffeur und Philipp Spoor, sie waren im Auto gekommen, wo stand es? — Ihre Lampe zeigte Räderburten auf dem Hof, die in die Garage hineinfließen — die Türe war nicht verriegelt.

Jno Beß stand vor dem vereisten Willkürs Kniest, der Motor war ganz warm, Schutthaube drüber neßt Decke — lange konnten die Männer noch nicht da sein. Das ließ hoffen.

(Fortsetzung folgt)

Was der Rundfunk bringt

Programm am Sonntag, dem 1. März 1936:

6-8: Kassenkonzert aus Hamburg. — 9: Evangelische Kirchenfeier. — 10.40: Sämtliche Bauernkultur. — 11: Richard Wetz: 1. Romanische Variationsen; 2. Fünf Klavierstücke. — 11.55: Dichterbühnen auf See. — 12: Musik am Mittag. — 14: Schachfunk. — 14.50: Photographie. — 14.55: Volkstanz. — 15.45: Kleine Naxos-Sinfonien für Große. — 16: Nette Sachen aus Köln. — 17.50: Ostpreussischer Monatskonzert. — 18: Die schwarze Mäule. — 18.25: Hansmusik. — 19: Die Natur im März. — 19.10: Carne vale, Faschingsnachsache. — 19.50: Was sich die Fische unter Nacht sagen. — 20.15: Hallelu! Eine Overtüre. — 21: Lustige Tiergeschichten. — 21.15: Orchesterkonzert. — 22: Nachrichten, Sportberichte. — 22.20: Städtekapf Warschau — Königsberg im Ringen u. Gewichtheben. — 22.35-24: Tanzmusik aus München

Festabendprogramm des Danziger Rundfunks (Von 6 bis 16 Uhr).

6.00: Wetterbericht. — 6.05: Frühstücken. — 8.00: Morgenandacht. — 8.30: Gymnastik für die Frau. — 9.00-12.00: Sendungen verschiedener Inhalte (Vortrag, Musik, Landfunk usw.). — 10.45: Wetterdienst. — 12.00 bis etwa 14.00: Mittagkonzert. — 14.00 bis etwa 15.30: Nachrichten, Böse, Kinderfunk usw. Anschließend, bis etwa 16.00: literarische und musikalische Sendungen.

Montag, 2. März:

10: Das Nord und Süd. — 17.50: Das Begründung und die Vollendung. — 18: Fröhlicher Abend: ein kleines Konzert. — 19.45: Echo am Abend. — 20: Nachrichten. — 20.15: Der kleine Montag. Das große Kampfkonzert. — 22: Wetter, Nachrichten, Sportberichte. — 22.50-24: Musik zur ersten Nacht.

Mittwoch, 4. März:

10: Der tanzende Kompaß. — 17.50: Sven Hedén erzählt. — 17.50: Zwischenmusik. — 18: Spannung — klingendes Frankfurt. — 19.45: Echo am Abend. — 20: Nachrichten. — 20.45: Mont. Hespital. — 22: Wetter, Nachrichten, Sportberichte. — 22.50-24: Nachtmusik und Tanz.

Freitag, 6. März:

15.45: Unterhaltungsmusik. — 16.55: Wir blättern im Statist. Handb. d. Weltwirtschaft. 17.10: Lieder u. Klaviermusik. — 17.40: Welches ist die beste Art zu arbeiten? — 18: Musik zum Feiernabend. — 20: Nachrichten. — 20.10: Alles dreht sich. — 22: Wetter, Nachrichten, Sport. — 22.50-24: Unterhaltungsmusik.

Sonntag, 7. März:

16: Der frohe Samstag-Nachmittag. — 18: Die Welt des Sports. — 18.50: Klaviermusik. — 19.45-19.45: Funkstille. — 19.45: Sportfunk. — 20: Wetterdienst, Nachrichten. — 20.10: Großer bunter Abend. — 22: Wetterdienst, Nachrichten, Sportberichte. — 22.20: Der Zeitfunk berichtet. — 22.35-24.00: Kammermusik zur ersten Nacht. (Das Ellen-Ney-Trio und Strub-Quartett.)

Sonntag, dem 7. März:

18.00: Brüssel franz.: Tanzmusik. — Brüssel franz.: Orchesterkonzert. — Brüssel franz.: Orchesterkonzert. — Wien: Eine Sängerfahrt nach Wien. — 18.50 Prag: Deutsche Nachrichten.

19.00: Brüssel franz.: Solostücke für Gitarre. — 19.30 Oslo: Bunter Abend. — Stockholm: Konzert. — 19.45 London Regional: Unterhaltungskonzert.

20.00: Brüssel franz.: Klavierkonzert. — Droitswich: Solistenkonzert (Früha Haupt, Soprano). — Kalmundborg: Offene Gesangsstunde aus der Volksmusikschule. — Warszawa: Heitere Sendung aus Leuzberg. — 20.05 Prag: „Mein Vaterland“ (Symphonische Dichtung). — Wien, Berolinster, Budapest, Straßburg: Straßburger Konzert (aus Wien).

21.00: Brüssel franz.: Leichte Musik. — Brüssel franz.: „Fürst Ign.“. — Oper von Dresden. — 21.05 Warszawa: Strauß-Konzert aus Wien. — 21.45 Kalmundborg: Klavierkonzert von Beethoven. — 21.55 Brüssel franz.: Orchesterkonzert.

22.00 Droitswich: Konzert. — 22.50 Prag: Leichte Musik. — Warszawa: Leichte Musik. — London Regional: Symphoniekonzert. — Brüssel franz.: I. Konzert.

Karlsruhe: Brüssel franz. 540 — Brüssel 525 — Brüssel franz. 498 Brüssel franz. 522 — Budapest 549 — Budapest 564 — Hildersheim II: 301 London Regional 542 — Paris P.T.T. 432 — Posten Parisien 513 — Prag 470 Hildersheim II: Stockholm 426 — Straßburg 549 — Wien 607

18.00 Brüssel franz.: 234 — Droitswich 1500 — Leht 1807 Hildersheim I: 1875 — Kalmundborg 1261 — Kowno 1936 — Lauenburg 1204 Moskwa Konstanta 1724 — Moskwa III: 748 — Oslo 1154 — Paris 1648

Europa im Aether

Die Hauptdarbietungen der Rundfunksender:

Sonntag, dem 28. Februar:

18.00 Warszawa: Ballettmusik. — 18.15 Brüssel franz.: Orchesterkonzert.

19.15 Prag: Leichte Musik. — 19.30 Wien: Konzert. — 19.35 Budapest: „König für einen Tag“, Oper von Adam. — 19.50 Brüssel franz.: Lustkonzert.

20.00 Brüssel franz.: Wochenend-Sendung und Militärkonzert. — London Regional: Orchesterkonzert. — Oslo: Kammermusik. — Stockholm: Schallplatten-Schall. — Warszawa: Heitere Sendung aus Leuzberg.

21.00 Brüssel franz.: Orchesterkonzert. — Brüssel franz.: „Cai-Cai“, Operette. — Kalmundborg: Jazz-Kabarett. — Paris: Orchesterkonzert u. Fingerringe aus „Der Proserpina“. — 21.50 Brüssel franz.: Wälder, Naxos, Klavier und Volkstanz.

22.05 Brüssel franz.: Hildersheim III und Budapest: Amusementskonzert. — Warszawa: Orchesterkonzert. — Wien: Nachrichten, Unterhaltungsmusik.

Wichtige Mitteilungen

Fritz über die Tür an Ende des ersten Stockes, der die Treppe zum Schneeboden mit der Galerie des Hauptflügels verbindet, nur angeschaut. Er weiß genau, daß er sie geöffnet hat, als er einige Schritte hier war. Dazu die Schritte stehen im Hof — es muß jemand im Hof sein. Vielleicht stehen er einige Schritte lang, und da er

Der Zweikampf

Duelle für jedermann? — Was für Prozis und Theorie führen müßten

Die Duellfrage, eine Angelegenheit der sogenannten satzaktionstüchtigen Kreise, also solcher Kreise, die sich für „würdig“ genug halten, „Genugtuung“ mit der Waffe zu fordern, spielt wieder einmal eine Rolle in der öffentlichen Diskussion. Diese Kreise haben ein besonders empfindliches Ehrgefühl — in gewissen Dingen, wie die lange Erfahrung lehrt — und deshalb billigen sie sich — unter „Standesgenossen“ — eine eigene Gerichtsbarkeit zu. Duelle waren unter der Republik mit Strafen belegt. Die inzwischen eingetretene Veränderung mancher Anschauungen läßt jedoch auf eine andersgerichtete Entwicklung hindeuten. Eine Verlautbarung in der „Frankfurter Zeitung“ erscheint daher aufschlußreich. Die Zeitung schreibt u. a.:

„In der Duellfrage ist ein Umschwung eingetreten. Ein Gesetzesentwurf über die Wahrung der Ehre vom 1. November 1934, den Professor von Naumburg kürzlich in der Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht mitteilte, kennt für Offiziere die Erledigung von Ehrenhändeln durch den Zweikampf mit Pistolen bis zur Kampfunfähigkeit. Auf dem letzten Reichsbauertag in Goslar hat der Reichsführer der SS, Himmler, einen Befehl für die gesamte SS mitgeteilt, wonach jeder SS-Mann „seine Ehre mit der Waffe zu verteidigen das Recht und die Pflicht hat“. In München hat der Führer des NS-Studentenbundes, Albert Verichsweiser, eine neue Ehrenordnung des Studentenbundes auf der Grundlage angekündigt, daß die Ehre nur durch Blut gereinigt werden könne. Und Staatsrat Görlicher hat kürzlich in einer Rede in Hannover erklärt: Dieses Recht dürfe nicht auf den Studenten beschränkt bleiben, sondern müsse das gesamte Volk erfassen.“

Die veränderte Auffassung spiegelt sich auch in den Vorarbeiten zum kommenden Strafrecht. Eine Gesetzesnovelle vom Mai 1935 stellte die 1911er Strafschlägermensuren von Strafe frei. Die preussische Denkschrift zum Strafrecht vom Herbst 1933 forderte bereits die grundsätzliche Straflosigkeit aller Duelle — mit der Einschränkung freilich:

„daß bei tödlichem Ausgang der Heberlebende eine nicht entehrende Strafe erhalten sollte.“

In der Begründung steht der charakteristische Satz: „Das Strafrecht des neuen Staates kann nicht unter Strafe stellen, was tief im Volkstum wurzelt und was als Ausfluß mannhafter und mehrheitlich geteilter in der Volksgemeinschaft weitreichende Anerkennung und Billigung findet.“ Der Entwurf der amtlichen Strafrechtskommission hat dieser Forderung jedoch nicht entsprochen. Er will die Grundlinie des geltenden Rechts: Strafbarkeit, aber nicht entehrende Strafe, sondern Festungshaft als „ritterliches Gefängnis“, beibehalten. Das wäre, nach Staatssekretär Freiler's Wort, derselbe „offenkundige innere Zwiespalt“, der die geltende Regelung charakterisiert: man frakt den Duellanten, aber nur unter gleichzeitiger Verbürgung vor seiner ehrenhaften, nicht mißbilligten oder sogar positiv gebilligten Bestimmung. Aber es ist zweifelhaft, ob es dabei bleibt. Dr. Freiler selbst wirft in der amtlichen Denkschrift die Frage auf: Ob der Zweikampf denn überhaupt im Strafrecht geregelt und unter Strafe gestellt werden dürfte. „Im Grunde genommen ist es nicht gut möglich, jemanden für eine Tat zu bestrafen, die man als achtbar ansieht; zumal dann, wenn möglichst die Verweigerung des Verurteilten nach der für gesund gehaltenen Volkanschauung als etwas unmännliches und nicht achtbares angesehen wird.“ — Man möchte angesichts der neuesten Entwicklung hinzufügen: „Und wenn der Zweikampf in öffentlichen, vom Staat gebilligten Ehrenordnungen zur Pflicht gemacht wird.“

Nach Friedrich der Große hat entehrende Strafen, für den im Zweikampf Gefallenen ein höchstwillkürliches Begräbnis angedroht, aus demselben Gedanken heraus, dem Napoleon den Ausdruck gegeben hat:

„daß es ein fallendes Ehrgefühl sei, das dem Vaterland gehörige Leben einer elenden Privatfahne zu opfern.“

Aber selbst Friedrich der Große drang nicht durch. Denn — und hierin liegt der Zwiespalt — dieselben Schichten, die die Duellfrage pflegten, der Adel, das Offizierskorps, die akademisch gebildete Beamtenwelt waren zugleich die Träger des modernen Staates und erhielten immer wieder Anerkennung ihrer Auffassung durch die Begnadigung ihrer Standesgenossen. Strafe und Begnadigung — das war die zwiespältige Haltung des Staates bis zum Kriege, ja hellenweise noch darüber hinaus.

„Unbestimmte Rechtsabgrenzung“, so heißt es in der schon erwähnten preussischen Denkschrift „und selbst Bedenken religiöser Art vermochten es auch in Jahrhunderten nicht, diese tief im deutschen Volkstum wurzelnde hohe Auffassung vom Wert deutscher Mannes Ehre zu verwässern und zu verfälschen.“ Wo es aber dem Gesetzgeber nicht gelingt, das Volksempfinden zu erziehen und zu formen — und es ist ihm hier in Jahrhunderten jedenfalls nicht voll gelungen — da muß er selbst dem Volksempfinden Rechnung tragen. Ganzleiter Görlicher hat auch — wie erwähnt — schon die Folgerung gezogen: das ganze Volk müsse satzaktionstüchtig werden. Theoretisch ist das zwar schon heute denkbar. Aber könnte man es sich heute schon als Wirklichkeit vorstellen, daß der Rummel oder der Bauer den Angreifer seiner Ehre vor die Pistole fordert? Recht und Moral, Standesbrauch und Volksgemeinschaft, Theorie und Wirklichkeit — es ist die von Spannungen erfüllte Eigenart der Duellfrage, daß sie im Schnittpunkt solcher Probleme liegt.“

Gefahren des Anwaltsberufes

Wenn ein Anwalt Jude vertritt

Das Mitteilungsblatt des Nationalsozialistischen Deutschen Juristenbundes veröffentlicht einen Tätigkeitsbericht des Reichsinspektors Raete, der sich u. a. auch mit der Judenfrage befaßt. Darin heißt es, die Judenverordnung der Deutschen Rechtsfront vom 2. September 1935, die in Anlehnung an die parteiamtlichen Anordnungen die Vertretung und Beratung von Juden durch Mitglieder des Juristenbundes regelt, habe sich in ihren grundsätzlichen Anordnungen durchaus bewährt. Die erwähnte „Judenverordnung“ hat bekanntlich allen Mitgliedern des Juristenbundes, die innerhalb des Bundes ein Amt bekleiden oder Leiter einer NS-Rechtsabteilung sind, die Vertretung von Juden vor Gerichten oder anderen staatlichen oder privaten Stellen verboten. Der von Raete angezogene Schlüsselpassus der „Judenverordnung“ lautet: Die Reichsführung des Juristenbundes und der Deutschen Rechtsfront lehnt es grundsätzlich ab, für irgendein Mitglied einzutreten, das wegen einer aus eigener Entschlieung und auf eigenes Risiko übernommenen Judenvertretung in der Öffentlichkeit, in der Presse oder sonstwo angegriffen wird. Denn die Reichsführung des Juristenbundes und der Deutschen Rechtsfront ist nichts weniger als eine Judenabtrümpfung.“

Nicht schlechter als der jüdische Arbeiter-Landesbauernführer Gieseler kam anlässlich einer großen Bauernkundgebung in Braunau auf die Landarbeiterfrage zu sprechen. Er meinte u. a., der Landarbeiter ist keineswegs schlechter bezahlt als der jüdische Arbeiter, denn es dürfte nicht übersehen werden, was der Landarbeiter zu seinem allerdings geringen Barlohn an Deputat und sonstigen Sachleistungen vom Bauern erhält.

Aus aller Welt

Das große Einsturzungsloch in Berlin

Eröffnung des Hauptverfahrens

In dem wegen des Baugrubeneinsturzes in der Herrmanns-Göring-Straße in Berlin am 20. August 1935 eingeleiteten Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung ist nunmehr das Hauptverfahren vor der großen Strafkammer des Berliner Landgerichts eröffnet worden. Die Hauptverhandlung beginnt am 16. März 1936.

Wie erinnerlich, hatten durch den Einsturz der Baugrube 19 Arbeiter den Tod gefunden. Bauausführende Firma war zur Zeit des Unglücks die Berlinische Baugesellschaft. Als Ursache des Einsturzungsunglücks für das Baulos Herrmanns-Göring-Straße sind nach Auffassung der Staatsanwaltschaft bedeutende technische Mängel der Bauausführung und Organisationsfehler bei der Firma, die ihrem Auftrag nicht gewachsen war, als auch Fehler der örtlich für dieses Baulos verantwortlichen Bediensteten der Reichsbahn festgestellt worden.

Die Anklage richtet sich gegen den Diplomingenieur Hugo Hoffmann von der Geschäftsführung der Berlinischen Baugesellschaft, dem Bauleiter der Firma Dipl.-Ing. Erik Roth, den Reichsbahnrat Wilhelm Wenber, dessen Bauwart Wilhelm Schmitt und den Reichsbahnoberrat Kurt Kellberg. Den Angeklagten wird zum Vorwurf gemacht,

durch Fahrlässigkeit, unter Auserachlassung der pflichtgemäßen Sorgfalt, den Tod der 19 Arbeiter verschuldet zu haben.

Die vier ersten Angeklagten befinden sich in Untersuchungshaft. Der Reichsbahnoberrat Kurt Kellberg ist seit Ende November 1935 wegen Sittunfähigkeit von der Untersuchungshaft verschont worden.

Die unter Hinzuziehung eines großen Stabes von Sachverständigen geführte Untersuchung hat nach der Anklage nicht nur schwerere handwerkliche Mängel in der eingesetzten Bauart ergeben, sondern auch Mängel in dem verwendeten Material.

Entscheidend für das Einstürzen der Baugrube ist aber offenbar der Umstand, daß eine mehrfach von der Reichsbahn angeordnete Projektänderung den Bauausführenden keinen Anlaß gegeben hat, die ganze Konstruktion an der Unglücksstelle genau zu überprüfen und der Weiterarbeit neue Berechnungen und Pläne zugrunde zu legen.

Die Anklage hält für festgelegt, daß an Ort und Stelle nicht ein einziger mit der Wirklichkeit übereinstimmender Bauplan vorhanden war. Da die Projektänderung nicht nur zu einer Verkleinerung der Baugrube, sondern auch zu ihrer Tiefenerlegung um einen Meter führte, hatten die unter anderen Voraussetzungen gerammten Stiele nicht mehr den genügenden Halt im Boden. So war es möglich, daß im Augenblick des Unglücks die Baugrube auf einer Länge von 65 Meter zusammenstürzte.

Verantwortlich neben dem Ingenieur Roth in erster Linie der Angeklagte Hoffmann, der trotz mehrfacher Beanstandungen die örtliche Bauleitung nicht in der unbedingt notwendigen Weise unterrichtete. Die Beamten der Reichsbahn trifft der Vorwurf, ihrer Kontrollpflicht besonders nach der Projektänderung unzulänglich genügt zu haben. Ob auch in der Auswahl der Berlinischen Baugesellschaft als bauausführende Firma ein besonderes Gefahrenmoment lag, wird erst auf Grund der Hauptverhandlung geklärt werden können.

Bei der Schwere der Anklage und dem Umfang des Prozeßstoffes ist mit einer Verhandlungsdauer von mehreren Wochen zu rechnen.

Unfall in einem russischen Zoo. Im Zoologischen Garten von Kiew hat sich ein tragischer Unfall ereignet. Ein Nahrungsfresser war zu nahe an den Löwenkäfig herangeraten. Der Löwe schlug mit seiner Pranke auf das Kind, indem es zu fallen und zog ein Bein durch das Gitter. Der Knabe wurde ohnmächtig, und es gelang dem Löwen, im Augenblick auch das zweite Bein hereinzuwickeln, so daß das Kind nur noch mit dem Oberkörper herabhängte. Da kein Komplexur zur Stelle war, gelang es den Wärtern eine ganze Weile nicht, das Raubtier zu verjagen. Der Löwe wurde vielmehr nur

noch wider, als man mit Eisenstäben auf ihn losging. Nach längerem Kampf konnte man endlich das Kind, das 26 mehr oder minder schwere Verletzungen erhalten hat, befreien.

LZ 129 fertiggestellt

Am Donnerstag gab der Luftschiffbau Zeppelin den Vertretern der deutschen und der ausländischen Presse zum ersten Male Gelegenheit, das für die „Deutsche Zeppelin-Reederei“ erbaute Luftschiff LZ 129 in der Montagehalle eingehend zu besichtigen. Während „Graf Zeppelin“ als Studienluftschiff gebaut und ursprünglich nicht für den Nebenbetrieb bestimmt war, handelt es sich bei dem LZ 129 um das erste eigentliche Transozeanverkehrsluftschiff, das 50 Fahrgäste und Post- und Frachtmengen in wenigen Tagen nach Süd- und Nordamerika befördert und seinen Fahrgästen alle Bequemlichkeiten eines modernen Ozeandampfers bietet. Damit wird eine neue Epoche im Luftverkehr nach Übersee eingeleitet.

LZ 129 ist das größte Luftschiff der Welt. Der stromlinienförmige 36eckige Schiffskörper besitzt eine größte Länge von 248 Metern, einen größten Durchmesser von 41,2 Metern und hat einen Rauminhalt von 190.000 Kubikmetern. Bei diesen Abmessungen ist das Luftschiff nicht ganz so schlanke wie das Luftschiff „Graf Zeppelin“. Als Baustoff für das Gerippe diente eine besonders feste Spezial-Deichmetall-Legierung.

Die Maschinen, die zum Antrieb des Schiffes dienen, sind Dieselmotoren der Daimler-Benz-Werke in Stuttgart. Die Höchstleistung der Maschinenanlage beträgt etwa 4200 PS. Die Motoren sind in vier Gondeln eingebaut, die wie es sich bisher als gut bewährt hat, außerhalb des Schiffskörpers am Strahlen aufhängend sind. Der Betriebsstoffvorrat besteht aus etwa 60.000 Kilo Schweröl. Die normale Reisegeschwindigkeit des Schiffes, das einen Aktionsradius von 4000 Kilometern hat, beträgt 125 Stundenkilometer. Ladung kann das Schiff an Fahrgästen, Verpflegung, Fracht, Post und Gepäck insgesamt 19.000 Kilo mitnehmen.

Das neue Luftschiff wird nunmehr in der Halle sorgfältig geprüft und Anfang nächster Woche seine Probefahrt aufnehmen. Sobald das Schiff die Bauhalle verlassen hat, um nach Frankfurt überzusegeln, wird in der Werft in Friedrichshafen der Bau eines Schwesterluftschiffes, des LZ 130, für die „Deutsche Zeppelin-Reederei“ begonnen, das bis Ende 1937 fertiggestellt werden soll.

Banatsch freigelassen

Das Verfahren soll eingestellt sein

Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet, ist in der Affäre des wegen angeblichen Landesverrats vor das Forum des Volksgerichtshofes gezogenen Prälaten Banatsch eine plötzliche Wendung eingetreten. Der Prälat ist außer Verfolgung gesetzt und bereits aus dem Gefängnis entlassen worden. Dieser Maßnahme soll ein Schritt des Bischofs von Berlin, Grafen Freyding, bei der Reichsregierung vorausgegangen sein. Es wird in diesem Zusammenhang behauptet, Bischof Freyding habe eine Konzeptionsbereitschaft auf anderen Gebieten durchblicken lassen, wenn die Akten über den Fall Banatsch geschlossen würden. In dieser Politik des Kardinals verraten sich die schweren Befürchtungen, mit denen der hohe Klerus die täglich mehr überhandnehmenden Polizei- und Gerichtsaktionen aufnimmt.

Schwerer Raubüberfall in Belbert

50.000 Mark erbeutet

Am Freitagmorgen wurden zwei Beamte der Commerz- und Privatbank in Belbert (Rheinland), die 50.000 Mark von der Reichsbankweinstelle Belbert abgeholt hatten, etwa 100 Meter vom Reichsbankgebäude entfernt, von vier Bewaffneten beraubt. Die Verbrecher holten die Kassenbörse mit einer vierstündigen Limousine ein und erzwangen unter Vorhalten von Waffen die Herausgabe der Geldkassette. Dann schwangen sie sich auf den Wagen und fuhrten davon.

Wettergewalt gab der Königsberger Schwanz (Preussa-Samland) gegen Zeruschewski (Polizei Danzig) noch in der ersten Runde auf. Drittes Weltgewicht: Das dritte Weltgewicht eroberte mit einem Siege von Bertram (Preussa) über Grabowski (ABC., Danzig).

Der Hocken-Turnier Britisch-Indien

Der Sieger von 1928 und 1932 wird auch diesmal fahren

Es war eine der Ueberraschungen der Olympischen Spiele 1928 in Amsterdam, als die Hockeymannschaft von Britisch-Indien, über deren Spielstärke man vorher so gut wie nichts wußte, Turniersieger wurde und mit ihrem vollendeten Hockey alle anderen Teilnehmer an dem Turnier weit übertraf. Indiens Hockey galt damals als eine Offenbarung und gab Anlaß, die große Kunst der Indier im Stellungsspiel und in der Ballbehandlung zum Vorbild zu nehmen. 1932 in Los Angeles schlugen die Indier Japan mit 11:1 und die Mannschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 24:1 und wurden damit ohne Schwierigkeiten zum zweiten Male Olympiasieger.

Jetzt ist das große Ziel des indischen Hockeysports, die Erfolge der Jahre 1928 und 1932 in diesem Sommer in Berlin zu wiederholen. In Indien weiß man, daß es in Berlin schwerere Kämpfe als in Los Angeles geben wird. Man kennt die europäischen Gegner und sieht in Holland einen gefährlichen Gegner. Holland konnte schon 1928 in Amsterdam im Endspiel gegen Indien, das die Holländer 0:3 verloren, eine gute Rolle spielen. Immerhin ist aber die Klasse des indischen Spiels so hochstehend, daß Indien auch für das Hockeyturnier in Berlin wieder als Favorit gelten muß und alle Ausreiter hat, zum dritten Male Olympiasieger zu werden.

Jahresbestzeiten polnischer Schwimmer. In unserem Nachbarlande erfreut sich der Schwimmsport immer größerer Beliebtheit und dementsprechend steigt auch die Leistungskurve der polnischen Schwimmer. Das augenblickliche Stärkeverhältnis wird am besten durch nachstehende Jahresbestleistungen zum Ausdruck gebracht. Sie sind: Männer 100 Meter Kraul: Bosenicki 1:02,5. — 200 Meter Kraul: Schreibmann 2:23. — 400 Meter Kraul: Schreibmann 5:29. — 800 Meter Kraul: Karliczek 11:22,8. — 1000 Meter Kraul: Bogath 1:22,5. — 200 Meter Brust: Seidrich 2:58,7. — 100 Meter Rücken: Karliczek 1:44,6. — Frauen 100 Meter Kraul: Dawidowicz 1:31. — 400 Meter Kraul: Paschorowa 6:54. — 100 Meter Brust: Jarkulijowna 1:37. — 200 Meter Brust: Jarkulijowna 3:27. — 100 Meter Rücken: Korawka 1:36,2.

Sport-Turnen-Spiel

Sport am Sonntag

Die Fußballrunde

Der Arbeiterportler wird morgen fortgesetzt

In der I. Klasse sind vier Mannschaften beschäftigt. Es stehen sich auf dem Trostplatz gegenüber: Um 14 Uhr die FT. Schildlich I und Fichte I. Neues neue Mannschaftsaufstellung wird hier vor eine schwere Aufgabe gestellt. Nach diesem Spiel stehen sich, um 15.30 Uhr: Frisch auf I und Stern I gegenüber. Frisch auf I wird alles dransetzen müssen, um diesen Kampf siegreich zu gestalten und dadurch weiter die Führung in der I. Klasse zu behalten.

Frisch auf II und Bürgerwiesen II spielen um 10 Uhr. Hier sollte Bürgerwiesen knapper Sieger werden. Bar Kocha I und Freiheit I spielen um 11 Uhr auf dem Sportplatz in Dliwa. Ein spannendes Spiel ist zu erwarten.

Die Jugendklasse

wartet mit einigen Freundschaftstreffen, die auf dem Trostplatz stattfinden, auf. Es spielen: Um 14.15 Uhr Frisch auf gegen die FT. Schildlich, und um 13 Uhr Bürgerwiesen gegen Fichte.

Verbands-Winterwanderung fällt aus

Die vom Arbeiter-Turn- und Sportverband für Sonntag angelegte Winterwanderung mit Schlitten fällt wegen der schlechten Schneelage aus.

Balsterverband

Die Spiele um den Vereinspokal werden morgen fortgesetzt. Es treffen sich auf dem Bischofsberg I um 15.00 Uhr: Lämmerhans und Laental.

In Renfahrtsieger, gleichfalls um 15.00 Uhr, der Platzbesitzer und Polizei. Gesellschaftsspiel: DuS. gegen Danziger Sportclub, 11 Uhr, Reichscolonie.

Um die Gauweisterschaft der Boger. Zu den Kämpfen um die Gauweisterschaft, die in Königsberg stattfanden, hatte auch Danzig drei Kämpfer gestellt und folgende Ergebnisse erzielt: Im ersten Weltgewicht zwischen Preus (Preussa Samland) und Gutowski (ABC., Danzig) konnte der Königsberger einen knappen Punktsieg landen. Zweites Weltgewicht: Im zweiten

Vertreter der Stadt Zoppot?

Beil er nicht mit „Heil Hitler“ begrüßt wurde, machte er Familienratlos

Gegen den Baunternehmer Mielke klagte vor dem Arbeitsgericht der Schachtmeister Herrmann, Vater von drei Kindern, auf Nichtigkeit seiner Anfang Januar erfolgten freiwilligen Entlassung. Dieser Entlassung lag folgender Latextbestand zu Grunde:

Der Baunternehmer führte für die Stadt Zoppot Arbeiten aus. Einem Tageserlöse der Angestellten des Zoppoter Bauamtes Kurt Großkopf, — ein junger Mann von ganzen 24 Jahren und aus den Tagen der Volkstagswahl wegen seiner Feindschaftsmeinung unruhig, besaß — auf der Baustelle. Er begrüßte mit Handschlag und „Heil Hitler“ den Schachtmeister und dessen Kollegen Grünhagen. Der Schachtmeister Herrmann erwiderte den Gruß mit „Guten Morgen“. Großkopf fragte ihn, warum er nicht „Heil Hitler“ sage? Hierzu meinte Herrmann, er könne grüßen wie er wolle. Das wollen wir mal sehen. Wenn Sie von der Stadt bezahlt werden, haben Sie einen jüdischen Beamten gegenüber auch den deutschen Gruß auszuwenden“, meinte der Baunternehmer Großkopf. Nach einem längeren Wortgeplänkel sagte dann der Schachtmeister Herrmann: „Sehen Sie nicht Ober, sondern sehen Sie sich lieber meine Arbeit an“.

Jetzt fühlte Herr Großkopf seine Autorität untergraben und wies den Schachtmeister in scharfen Worten von der Baustelle. Die Angelegenheit wurde dem Baunternehmer Mielke mitgeteilt und die Entlassung des Schachtmeisters veranlaßt, wobei Bezug auf den zwischen der Stadt und Mielke vereinbarten Vertrag genommen wurde, nach welchem auf Verlangen des Auftraggebers Arbeiter und Angestellte von der Baustelle zu entfernen sind, sobald sie sich ungebührlich benehmen. Diesem Verlangen kam der Baunternehmer nach. Der Schachtmeister war nun der Ansicht, daß er doch nicht Angestellter der Stadt sei, sondern des Baunternehmers und die Stadt laut Vertrag nur seine Entlassung von der Baustelle verlangen darf, niemals aber seine Entlassung. Darum krenzte er gegen seinen Arbeitgeber Mielke an.

Der Beschlusse führte aus, daß er den Schachtmeister seit 10 Jahren beschäftigt und ihn als tüchtigen und fleißigen Arbeiter kenne. Weiter meinte er, ihm wäre die ganze Sache äußerst unangenehm, und er hätte gerne gesehen, wenn man sie gütlich aus der Welt schaffen würde. Im Laufe der Jahre hat er seinen Schachtmeister kennen gelernt. Er mußte, daß er in Herrmann einen tüchtigen Menschen hatte. Rechtsanwalt Dr. Lewin, der Vertreter des Klägers, führte aus, daß man aus der ganzen Geschichte ersehe,

wahin es führt, wenn Oberprüfende junge Leute von einigen 20 Jahren über Familienratler von 50 oder 60 Jahren das Kommando führen.

Die Entfernung eines Arbeiters von der Baustelle könne nach dem Vertrag nur der Auftraggeber fordern. Das sei in diesem Falle die Stadt Zoppot. Großkopf vertrete aber nicht die Stadt; er hätte höchstens den Vorfall seinen Vorgesetzten melden können. Er habe nur bankeimliche und keine verwaltungsmäßigen Funktionen auszuführen. Der Schacht-

meister habe keine provokatorische Absicht verfolgt, das sei schon daraus zu ersehen gewesen, daß er sich mit Großkopf mit Handschlag begrüßt habe. Erst die Zurechtweisung durch den jugendlichen Herrn Großkopf habe den Schachtmeister in Empörung gebracht. Es könne auch der für die Stadt Zoppot unangenehme Eindruck erweckt werden, als verberge die Stadt ihre Arbeiten nur an nationalsozialistische Gewerbetreibende. Zum Schluß gab der 24jährige Herr Großkopf noch die Erklärung ab, daß er sich durchaus als den Vertreter der Stadt auf der Baustelle betrachte!

Das Gericht, unter Vorsitz von Assessor Dirl, verkündete dann folgenden Urteil: Die straflose Kündigung des Schachtmeisters wird als nichtig erklärt. Die Gründe hierzu seien nicht ausreichend gewesen. Ausdrücklich hob der Vorsitzende in seiner Begründung die von dem Arbeitgeber des Schachtmeisters betonten guten Leistungen des Klägers hervor.

Gewerkschaft und Bahnhofsverwaltungen

Die Klage abgewiesen

Wir berichteten gestern über eine Klage vor dem Verwaltungsgericht, in der die Bahner der Bahnhofsverwaltungen die Verhängung des Polizeipräsidenten über den Brandweinabschank an den Freitagen anfochten. Wiber Erwarten wurde in den letzten Nachmittagsstunden des Freitages noch ein Urteil gefällt. Das Verwaltungsgericht unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Rumpfe wies die Klage der Bahnhofsverwaltungen ab.

Verzweifelter Sonntagabend

Den ärztlichen Dienst über am morgigen Tage aus in Dossig: Dr. Bismuth, Langgarten 22, Tel. 2225. Geburtshelfer: Dr. Bismuth, Langgarten 22, Tel. 2225. Dr. Bismuth, Langgarten 22, Tel. 2225. Dr. Bismuth, Langgarten 22, Tel. 2225. Dr. Bismuth, Langgarten 22, Tel. 2225.

Es sind keine provokatorische Absicht verfolgt, das sei schon daraus zu ersehen gewesen, daß er sich mit Großkopf mit Handschlag begrüßt habe. Erst die Zurechtweisung durch den jugendlichen Herrn Großkopf habe den Schachtmeister in Empörung gebracht. Es könne auch der für die Stadt Zoppot unangenehme Eindruck erweckt werden, als verberge die Stadt ihre Arbeiten nur an nationalsozialistische Gewerbetreibende. Zum Schluß gab der 24jährige Herr Großkopf noch die Erklärung ab, daß er sich durchaus als den Vertreter der Stadt auf der Baustelle betrachte!

Das Gericht, unter Vorsitz von Assessor Dirl, verkündete dann folgenden Urteil: Die straflose Kündigung des Schachtmeisters wird als nichtig erklärt. Die Gründe hierzu seien nicht ausreichend gewesen. Ausdrücklich hob der Vorsitzende in seiner Begründung die von dem Arbeitgeber des Schachtmeisters betonten guten Leistungen des Klägers hervor.

Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie

18. Ziehungstag 28. Februar 1936

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M gezogen

Table with lottery results including prize amounts and winning numbers.

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M gezogen

Table with lottery results including prize amounts and winning numbers.

Im Gesamtergebnisse verblieben: 2 Gewinne zu je 100000, 2 zu je 50000, 2 zu je 30000, 6 zu je 20000, 46 zu je 10000, 100 zu je 5000, 100 zu je 3000, 876 zu je 2000, 1142 zu je 1000, 1978 zu je 500, 7410 zu je 800 Mark.

Advertisement for Dr. med. Madel, specializing in various medical treatments.

Advertisement for Leopold Feibusch, 87 years old, and Benno Feibusch, with details about their lives and family.

Advertisement for Paul Fischer, 54 years old, with details about his life and family.

Advertisement for Offene Stellen (Open Positions) with various job listings.

Advertisement for Hausangestellte (Domestic Staff) with details about job requirements.

Advertisement for Stellengesuche (Job Applications) with details about job seekers.

Advertisement for Stenotypistin (Typewriter Operator) with details about job requirements.

Advertisement for Wohn-Gesuche (Housing Search) with details about job seekers.

Advertisement for Zu vermieten (For Rent) with details about property listings.

Advertisement for Stellen (Positions) with details about job listings.

Advertisement for Stellen (Positions) with details about job listings.

Advertisement for Stellen (Positions) with details about job listings.

Advertisement for Stellen (Positions) with details about job listings.

Advertisement for Stellen (Positions) with details about job listings.

Advertisement for Möbel-Haus (Furniture Store) with details about products and prices.

Advertisement for Fingerhut (Fingerhut) with details about products and prices.

Advertisement for Holzhandlung (Wood Shop) with details about products and prices.

Advertisement for Siegbert Schiesinger (Siegbert Schiesinger) with details about products and prices.

Advertisement for Möbel (Furniture) with details about products and prices.

Advertisement for Verkäufe (Sales) with details about products and prices.

Advertisement for Möbel (Furniture) with details about products and prices.

Advertisement for Möbel (Furniture) with details about products and prices.

Advertisement for Möbel (Furniture) with details about products and prices.

Advertisement for Möbel (Furniture) with details about products and prices.

Advertisement for Möbel-Haus (Furniture Store) with details about products and prices.

Advertisement for Fingerhut (Fingerhut) with details about products and prices.

Advertisement for Holzhandlung (Wood Shop) with details about products and prices.

Advertisement for Siegbert Schiesinger (Siegbert Schiesinger) with details about products and prices.

Advertisement for Möbel (Furniture) with details about products and prices.

Advertisement for Verkäufe (Sales) with details about products and prices.

Advertisement for Möbel (Furniture) with details about products and prices.

Advertisement for Möbel (Furniture) with details about products and prices.

Advertisement for Möbel (Furniture) with details about products and prices.

Advertisement for Möbel (Furniture) with details about products and prices.

